

Bestiller oder weiterer Kar. Und wenn der Kellner noch so tüchtig ist, und der Bechring kann sich nicht an besseren Weinen über, so muß seine Ausbildung mehr leiden, als wenn das Verhältnis umgekehrt ist. Das weiß die Reichsregierung natürlich auch, aber sie stellt sich dumm und gibt den Fünftlern nach, um sie nicht bloßfassen zu können.

Politische Uebersicht.

Die Zusammenkunft des Reichstages. Der am 4. November wieder zusammentretende deutsche Reichstag wird voraussichtlich vollständig zusammentreten können, nachdem alle durch den Tod gerissenen Lücken allmählich wieder bis dahin ersetzt worden sind.

Die augenblickliche Stärke der Parteien ist folgende: 80 Konservativen, 28 Reichsparteiler, 6 Reformpartei, 19 Mitglieder der wirtschaftlichen Vereinigung, 105 Zentrumsmitglieder, 20 Polen, 52 Nationalliberale, 14 Mitglieder der freisinnigen Vereinigung, 29 freisinnige Volksparteiler, 7 deutsche Volksparteiler, 48 Sozialdemokraten, 18 Wille (eingerechnet ist vorläufig Kleve-Braunschweig).

Seit dem 1. April d. J. hatte der Reichstag vier Mitglieder durch den Tod, eines durch Mandatsüberlegung verloren. Infolge Ablebens wurden erledigt die Mandate von Colmar-Garnisau-Bilshausen, bisher Fiedler (Konservativ), ersetzt durch Ritter (Konservativ); Wolfenbüttel-Delmstedt, bisher von Kaufmann (Konservativ); der Nationalliberalen), ersetzt durch Rieve (nationaler Kandidat, Sozialdemokrat); Springer, bisher Schachtel (Sozialdemokrat), ersetzt durch Binder (Sozialdemokrat); Bremen-Angerwände, bisher v. Winterfeldt-Mentlin (Konservativ), die Ersatzwahl steht noch aus. Durch Mandatsüberlegung erledigte sich das Mandat von Wemel-Grubelung, bisher Schwabach (nationalliberal), die Ersatzwahl steht gleichfalls noch aus.

Die Konservativen und die Nationalliberalen werden durch die beiden letzten Nachwahlen ihren Bestand noch um je einen Mann vermindern.

Es steht nunmehr fest, schreibt die „Neue Politische Korresp.“, daß die Einbringung sämtlicher Finanzgesetze sofort bei Zusammentritt des Reichstages erfolgen wird. Hierin ist auch der Grund für die Verschiebung des Eröffnungstermines vom 20. Oktober auf den 4. November zu suchen, da die Unstimmigkeit der Arbeiten es nicht ermöglicht, sie bis zu dem früher für die Reichstagsöffnung ins Auge gefaßten Oktobertermin fertigzustellen.

Fürst Eulenburg läßt natürlich zunächst die Nachricht dementieren, nach welcher er sich im Auslande ein warmes Plätzchen erkauft. In der ganzen Affäre Eulenburg wurde ja bisher immer am Sonntag abgelenkt, was Montags zur Ausführung kam. Unter diesen Umständen dürfte auch das vorliegende Dementi nicht viel Glauben finden. Vielleicht ist es ein klein wenig Unbegreiflichkeit vor dem Urteil der öffentlichen Meinung, die den Rücksichtsvollen bewegt, uns nur mittelbar auf sein wachsendes Glück zu gewöhnen. Denn schon die Gastenklaffung fand in der hauptstädtischen Presse die gebührenden Kommentare. Im „Berliner Tageblatt“ schrieb zum Beispiel Theodor Wolff:

Die Berichte über den Einzug in Liebenberg lassen erkennen, daß die Treue noch kein leerer Wahnsinn ist und daß kein frisch demagogischer Empörungsgelbst die Heftwurzelnden Regungen der udermärktischen Volksseele hat erschüttern können. Fürst Eulenburg, der den Deuten ohne Unterschied des Standes und des Geschlechtes immer freundlich nahe getreten ist, wird dort aufrichtig geliebt, und der Gedanke, daß ein so huldvoller Herr vielleicht ein heimlicher Mörder sein möchte, bleibt diesen schlichten Herzen fern. Man hat den heimtückenden Dulder mit Schorzen und Girlanden empfangen und hätte gewiß noch mehr getan, wenn nicht die Zeit zu festlichen Vorbereitungen geflohen hätte. Es wäre leicht gewesen, einige geeignete Sinnprüche über den Schloßthron anzubringen, und die musikalische Schuljugend hätte den Zugstrom der Starnberger Fischer mit der alten Medtröhre begrüßen können:

Kellner war wohl treuer, reiner,
Näher kam dem König Leiner,
Doch dem Volke schlug sein Herz.

Er schließt seine Subdignität mit dem Vergleich: Wie in Ländern, in denen romantische Perkommenheit sich breit macht, ist auch bei uns, in unseren geordneten Verhältnissen, das mitunter gerade. Und wenn, was ja vorkommen kann, ein Fürst ein schümmes Wein hat, dann hinkt auch die Gerechtigkeit aus Sympathie ein bisschen mit.

Die „Welt am Montag“ wird durch Eulenburgs freundliches Gesicht zu Gegenüberstellungen angeregt, die uns in Preskan nicht unbekannt in die Ohren klingen. Es heißt da:

Nur trifft es sich eben unglücklich, daß kein Fall bekannt ist, wo einem Euerlichen ohne Rang und Titel gleiche Würdigung zollt wurden. Wir lesen im Gegenteil alle Wochen von Fällen, in denen Volkzeit, Gerichts- und Befugnisbehörden mit äußerster Schärfe vorgehen, ohne daß die Notwendigkeit solchen Vorgehens einleuchtend wäre.

Es kommt in unserem Vaterlande vor, daß ein Schulunge, der geschworen hat, wie ein Verbrecher vor Polizisten gestellt über die Straße geschleppt wird; es kommt vor, daß man Preßländer in Ketten vor den Richter führt; es kommt vor, daß geistig gesunde und tüchtig gedachte Individuen in lange eingekerkert werden, bis sie den Gefängnis-Kapfen bekommen; es kommt vor, daß Männer, die kein ernstliches Verbrechen begangen haben, wie Zuchthäuser zu niedrigen und erniedrigenden Arbeiten gezwungen werden. Es sind unzählige Mädchen auf die bloße Vermutung eines Polizeibeamten hin als der Prostitution verdächtig einer peinlichen Untersuchung unterworfen worden; es sind Leute, deren Notwendigkeit keine Rube verursacht hätte, tage- und nachteilig lang aus ihren Kreisen, aus Verhaftung in Haft zu halten worden, und man hat Menschen, deren Hüte gewiß reiner waren als der Hals manches untergeordneten Polizeibeamten, zu der Demütigung gezwungen, sich wie einen aus dem Straßensand ausgelesenen, Bagunden von Obdachlosen wegen ablassen zu lassen. Kurz, in Fällen, wo es sich um Lappalien handelt, und oft auf bloßen Verdacht hin, sind deutsche Staatsbürger von deutschen Behörden behandelt worden, als ob sie für zum Fischau.

Diese Kritik wird dann fortgeführt an den Erlebnissen, die Major Zander dem Untersuchungsrichter Fritze zu berichten hatte, und die sich jeden Tag hundert Mal wiederholen, aber nicht bekannt werden, weil arme Schuder ihre leidenden Objekte sind.

Die Zwangsoffiziere für Kriegervereine. Wir haben vor einigen Tagen berichtet, daß Bezirkskommandos auf die ihnen unterstellten Offiziere des Beurlaubtenstandes einen Druck zum Beitritt zu den Kriegervereinen ausübten. Konnte man zunächst der Vermutung zuneigen, daß es sich bei diesem Vorgehen um Eigenmächtigkeiten der Bezirkskommandeure handle, so steht jetzt fest, daß diese politische Agitation direkt vom Kriegsministerium ausgeht. Das „Berliner Tageblatt“ ist in der Lage, folgende Geheimerlasse an die Bezirkskommandos zu veröffentlichen:

Auszug

aus der Verfügung des Kriegsministeriums vom 19. Januar 1892.

Geheim.

Verpflichtung der Offiziere des Beurlaubtenstandes zur Beteiligung an der Förderung des Kriegervereinswesens.

Den Anstoß der Kriegervereine an den Deutschen Kriegerbund anlangend, so hat derselbe, wie auch der Beitritt von Offizieren zu den Vereinen, in fast allen Korpsbezirken erheblich zugenommen und wird der günstige Einfluß, welchen einerseits diese Unterstellung der Vereine unter eine geeignete Kontrollstelle, andererseits die Teilnahme von Offizieren ganz besonders an den Vereinigungen ausübt, anerkennend hervorgehoben.

Das Kriegsministerium ersucht daher ganz ergebenst, den Beitritt von Offizieren des Beurlaubtenstandes zu sowie besonders deren tätige Beteiligung an dem Vereinsleben nach wie vor fördern zu wollen, es läßt sich erwarten, daß die Offiziere, je bekannter und vertrauter sie mit den übrigen Vereinsmitgliedern werden, um so leichter in die Vereinsvorstände kommen werden, was wesentlich dazu beitragen würde, das Kriegervereinswesen in richtige Bahnen zu leiten und Beziehungswerte in solchen zu erhalten.

Auszug

aus der Verfügung des Kriegsministeriums vom 28. November 1900.

Geheim.

Der Vorsitzende des Preussischen Landes-Krieger-Verbandes hat gebeten, daß die vom Professor Dr. Wapphal verfaßte Schrift: „Das deutsche Kriegervereinswesen“ den Königl. Generalkommandos und Bezirkskommandos namentlich zur Verteilung an die Offiziere des Beurlaubtenstandes überlassen werden möchte.

Diese Schrift gibt Aufklärung über Zweck und Ziel des Kriegervereinswesens und dessen Bedeutung für den Staat und dürfte geeignet sein, die seitens des genannten Vorsitzenden gemächtigte regere Betätigung der Offiziere des Beurlaubtenstandes in den Kriegervereinen zu fördern. Diese Schrift ist daher an die Herren Offiziere des Beurlaubtenstandes verteilt worden.

Es wird darauf hingewiesen, daß diese Verfügungen als geheim zu betrachten sind.

Diese beiden Geheimerlasse, die den Bezirkskommandos jetzt wieder übermittelt wurden, beweisen, daß das preussische Kriegsministerium ein Herd politischer Agitation ist. Wenn ist man sich im Kriegsministerium auch bewußt, weil sonst kein Anlaß vorläge, die Erlasse als geheim zu bezeichnen. Sie befehlen aber auch, daß die Offiziere erst getreten werden müssen, ehe sie sich zu der staatsbürgerlichen Kameradschaft in den Kriegervereinen verstehen! Das sagt eigentlich genug.

Drollige Tagebuchblätter veröffentlicht ein christlicher Holzarbeiter, der als Delegierter zur diesjährigen Generalversammlung des christlichen Holzarbeiterverbandes in München gewählt war. Nachstehende Proben dürften unsere Leser davon überzeugen, daß es schon ein ziemlich starkes Stück ist, wenn ein Delegierter seine Mission zur Generalversammlung in solcher Weise aufsaßt. Daß aber ein Fachblatt, wie die christliche Holzarbeiter-Zeitung, den Stempel darauf drückt, indem sie die Skala der Suf-Erlebnisse ihrem frommen Publikum in der harmlosesten Weise bekannt gibt, das übersteigt alle Begriffe. Die Tagebuchblätter lauten nämlich wie folgt:

4 Uhr früh. Wir hören auf zu spielen. Werden in Nürnberg mal wieder eingeladen. Sehe hier zum ersten Mal in meinem Leben einen Waffentag. Welch schauerhaftes Gefühl muß das für einen Antialkoholiker sein. Für mich weniger. Eine gute Stunde Aufenthalt gibt's hier.

12 1/2 Uhr Mittags. Das Essen war gut. Wir sind gerade wie zu Hause. Die Fauna sorgt für alles. Der Oberbefehlshaber hat sich gemütlich gemacht. Er läßt bei uns in Hauszügen herum. Kein Wunder, daß er bei dem guten Bier meist Zeit in München als in Köln ist.

7 Uhr Abends. Wir sind im Hofbräuhaus. Ich glaube, wenn das Ding nicht staatlich wäre, würde die Gesundheitspolizei das Gerübe lächerlich. Proste Maßzeit für seine Naiken. Hier ist sonst gut. Vor mir an der Schenke verlangt jemand drei Duareel: „Was drei Duareel willst hobn, nichts gegobn willst halt für a Hof du Scherter“, sagte der Kapser. Ich glaube der Mann hatte recht.

Mittwoch, den 1. Juli. 2 1/2 Uhr Nachmittags. Wir saßen nach Starnberg. Es soll mich wundern, wie groß der See ist. Ein Münchener Mann soll sich schon stark gemacht haben, die Lade auszusauken.

7 Uhr Abends. Starnberg haben wir gesehen; auch Frau Leon und den Dismardium. Jetzt sitzen wir in Ludwig auf der Brauerei. Nicht mal Tische und Stühle hat's hier. Nur Kisten und Bier. Uns anders. Wir trinken.

8 Uhr Abends. Die Gemütskur steigt. Gott der Götter habe ich einige Pfeifereine in der Tasche. Darüber am Abhänge ist rotes Bettweinen. Fünf zerbrochene Schirme ist das Resultat.

10 Uhr Abends. Bei uns nemat man eine derartige Grundpfeiler: Gänsemarkt. Die die Längere nur schauten. Voran die Starnberg, dann die Hinterbliebenen der fünf Schirme und viel Volk. — Eben läßt sich ein Teil des Volkes seine Gleichberechtigung befürchten. Setzt sich wahrhaftig an ungedulde Tisch. Die ganze Erziehung des Verbandstages scheint zum Nulde.

10 1/2 Uhr Abends. Im Zuge ist großer Gallo. Die Fauna kann, das müßte so sein. Nach dem langen nichtigen Sigen müßte der untere Teil des Rückens wackeln werden. Bänke viel Vergnügen. Schloße lieber.

11 1/2 Uhr Abends. Eben sind wir im Walfertbräu angekommen. Durst habe ich für zwei. Vorläufig bleiben wir hier.

Wenn grüne Jungens über ihre Saugelage renommieren, mag man mit quimütigem Spott lächelnd sie ver-

welfen. Wenn aber erfahrene Männer sich so betrogen und ein Arbeiterorgan, das Anspruch erhebt, ernst genommen zu werden, die Redomondalen verspäteter Flegeljahre den Besern vorsetzt, dann fühlen wir als Arbeiter uns beinahe mitbeschämt, abgleich es sich hier um unsere Gegner handelt, die als fromme Vorbilder an der Ernsthaftigkeit unseres Kampfes gegen die Mißbräuche des Alkoholsismus zu zweifeln sich erlauben.

1000 Paragraphen? Von offizieller Seite wird bestätigt, daß der Entwurf einer Witwen- und Waisenversicherung im Reichsamt des Innern fertiggestellt ist und dem Reichstag noch im Laufe des bevorstehenden Tagungsabschnittes zugehen wird. Da dies aber kaum vor Ostern geschehen wird und der Entwurf gegen 1000 Paragraphen enthält, so ist es ganz ausgeschlossen, daß er noch bis zum Sommer verabschiedet werden könnte. Man wird daher wohl wieder an dem seiner Häufigkeit wegen nicht unbedeutlichen Verlegenheitsmittel einer abermaligen Vertagung des Reichstages greifen müssen. — Das mit den 1000 Paragraphen ist hoffentlich nur ein sonder Fisch, wenn wir auch auf die Verbalhornierung der einfachen Sachen gefast sind. Es handelt sich wohl nur darum, unter planmäßigem Einverständnis der Volksvertreter zu brechen und die Armen um ihre Ansprüche einige Jahre zu betragen.

Die Inseratensteuer. Die „Allnische Zeitung“ setzt ihre Mitteilungen über die Finanzreform fort. Das Blatt teilt mit:

Die geplante Inseratensteuer von 25 Millionen aufbringen. Verhältnliche Bekanntmachungen sollen freibleiben. Im übrigen wird ein Unterschied gemacht zwischen der sog. Fachpresse und der politischen Presse. Bei der Fachpresse ist ein Satz von 10 Prozent der Insertionskosten als Steuer ins Auge gefast. Die politische Presse soll nach der Anlage degressiv besteuert werden, beginnend mit 10 Prozent und fallend bis zu 5 Prozent. Auch hier ist an eine Abwälzung auf den Konsum gedacht. Der Inserent soll zahlen und die Zeitung soll die Steuer erheben und abliefern.

Die „Deutsche Tageszeitung“ teilt noch mit, daß auch eine Plakat- und Klebsteuer als Ergänzung hinzutritt.

Protest gegen die Biersteuer. Der Verbandstag deutscher Bierhändler, der in Danabrück tagte, hat Protest gegen die Erhöhung der Biersteuer erhoben. Wenn die Erhöhung doch eintreten sollte, soll eine außerordentliche Generalversammlung nach Hamburg einberufen und nach Mitteln und Wegen gesucht werden, die Mehrbelastung auf die Konsumenten abzuwälzen. — Das will bekanntlich Herr Eybold auch.

Der Prinz Bernhard zur Lippe, von dem behauptet wurde, daß er wegen Differenzen mit dem Kaiser den Militärdienst quittiert habe, erläßt eine Erklärung, daß er aus rein privaten und persönlichen Gründen aus dem Militärdienst ausgeschieden sei. Er behauptet, die seine Loyalität in Frage stehenden Kombinationen in der Presse.

Sächsischer Wahlrechtsreform. Am Montag fand die erste Sitzung der Wahlrechtsdeputation der Zweiten Kammer nach den Ferien statt. Staatsminister Graf Hohenhausen gab der Hofnung Ausdruck, daß bei gegenständlichem Einigwerden ein Wahlrecht zustande komme, das für Regierung und Landtag annehmbar sei. Geheimrat Heintz erläuterte dann seine Wahlrechtsentwürfe. Davon sollen 21 großstädtische, 16 mittelstädtische und 59 kleinstädtisch-ländliche (davon unter 48 rein ländliche) gebildet werden. Ein konservativer Antrag wünscht 17 großstädtische, 19 mittelstädtische und 60 kleinstädtisch-ländliche Kreise. Beschlüsse wurden nicht gefast.

Dernburg und seine Diamanten. Nach einer Meldung der „Alln. Zig.“ soll eine Gesellschaft zur Ausbeutung der sächsisch-italianischen „Diamantenfelder“ gegründet werden. Das Reichskolonialamt sperre durch Verfügung vom 22. September das für Diamantensuche wichtige Gebiet der sächsischen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika für die allgemeine Schließung. Wirkliche Diamanten hat man vorerst noch garnicht gefunden, sondern bloß ganz winzige Krüden, die nach Angabe eines vom Kolonialamt befragten Sachverständigen, der Fingland mitgebracht hat.

Bei Arbeitnehmern ist das — Terrorismus. Wegen Vergehens gegen §§ 152, 153 der Gewerbeordnung verurteilt das Schöffengericht Magdeburg - Buckow den Kellner Moiss Hoppel zu vier Wochen Gefängnis. Er hatte in einer Versammlung von organisierten Arbeitern, in der er neben einem unorganisierten Kellner bediente, Zettel verteilt mit der Aufschrift: „Hier werden unorganisierte Kellner beschäftigt.“ — Außerdem hat er die Versammlungsteilnehmer darauf aufmerksam gemacht, daß sein Kollege damit gemeint sei. Wegen des Ausbruchs „Lump“, den er gegenüber dem unorganisierten Kellner gebraucht hat, wurde er zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. — Wenn die Waldenburger Grubenbesitzer Repressalien androhen, um Arbeitergehalte zu verhindern, dann findet sich natürlich kein Staatsanwalt und kein Gericht, die darin Terrorismus sehen.

Militär-Urteile. Der Sergeant Schulz in Königsberg erhielt 45 Tage Arrest wegen Mißhandlung eines Trainoldaten. In der Berufungsinstanz wurde die Strafe auf vierzehn Tage herabgesetzt.

Ein Soldat in Düsseldorf wurde zu vierzehn Tagen Gefängnis wegen verkehrswidriger Beleidigung eines Unteroffiziers verurteilt. Die Beleidigung soll in einer zu unrecht eingeleiteten Besprechung gegen den Unteroffizier enthalten sein.

Waldenburger Beleidigung und Schweinereiberei. Im „Münchener Anzeiger“ heißt es am Schluß eines Berichtes über den wettfälischen Zuchtweidmarkt zu Hamm am 24. und 25. Septbr.:

Auch in den Abteilungen für Schweine und Geflügel herrschte rege Kauflust. Die vorhandenen Tiere wurden bei guten Preisen fast völlig ausverkauft. Da der Verkauf in diesen Abteilungen freihändig erfolgte, waren die Preise im einzelnen nicht zu ermitteln. Nach Beendigung des Marktes begann sofort der Transport der Tiere nach dem Bahnhof, der mit Hilfe der kommandierten Soldaten aus Münster schnell vollstättet ging.

Sind denn aus der Garnison Münchener Soldaten nach Hamm kommandiert worden — zum Schweinereiben?

Das wäre ja eine ganz unerwartete Dienstverrichtung, für welche das Volk unser herrliches Kriegsheer bezahlt.

Wegen Beleidigung verklagt haben die freisinnigen Abgeordneten Rofch und Wugdan den Genossen Franz Wehring. Die Beleidigung soll in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ begangen sein, welche sich mit dem Austritt Wehrings und Wehring aus der liberalen „Berliner Volkszeitung“ und ihren Eintritt in die sozialdemokratische Partei, sowie einer noch vorher abgehaltenen freisinnigen „Siegesfeier“ beschäftigte.

Beschlagnahme wurde die Nr. 33 der anarchistischen Wochenschrift „Der freie Arbeiter“ wegen eines antimilitaristischen Artikels „An die Refuten!“ Die Beschlagnahme wurde verurteilt vom Amtsgericht Berlin auf Grund von § 112 des Strafgesetzbuchs.

Herr Landgerichtsrat, das war eine Flegelrei! Vor dem Schöffengericht in Landshut (Niederbayern) lagte der Landgerichtsrat Hauner gegen den Rechtsanwalt a. a. O. Dr. Erdreich wegen Beleidigung, weil der Rechtsanwalt an dem Landgerichtsrat infolge Nichterwiderns des Grapes gefast hatte: Herr Landgerichtsrat, das war eine Flegelrei! — Das Gericht wies die Klage des Landgerichtsrats ab und überbürdete dem Herrn Rat sämtliche Kosten. In der Begründung des Urteils heißt es, daß der Landgerichtsrat den andern Herrn durch Ignorierung des Grapes zu erst beleidigt habe. — Ein bayrisches Urteil, das wir in Preußen vorzüglich finden würden.

Inseln.

Der Streit um die Orientbahn. Der bulgarische Ministerpräsident erklärte in einem Interview einem Korrespondenten der „Neuen Fr. Presse“, daß die bulgarische Regierung in der Angelegenheit der Orientbahn auf ihrem Standpunkte beharren müsse, und daß eine Rückgabe nicht erfolgen kann. Die Regierung werde eine rechtliche Basis finden, damit den Eigentümern kein materieller Schaden erwachse. Was die Unabhängigkeitsfrage betreffe, so erklärte der Ministerpräsident, daß diese Frage die Regierung als solche nicht beschäftige.

Die Verwaltung der Orientbahn in Wien erhielt von der Konstantinopeler Direktion folgende Depesche: „Unser Personal in Otrumellen ist den ständigen Gewalttätigkeiten seitens bulgarischer Beamten ausgesetzt. Die Situation kann unmöglich so weiter gehen. Wir bitten dringend, bei den Regierungen Schritte zu unternehmen, damit dieser Zustand beendet wird.“

In Paris wird behauptet, daß nach der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens unmittelbar nach Beendigung des Streites um die Orientbahnen entgegengesetzte Schritte, die gleichzeitig auch die Proklamation zum Königreich erfolgen wird, erscheint dagegen zurzeit noch fraglich.

Die ehemaligen Präsidenten des mazedonischen Komitees, Generale der Reserve Marinkow und Bonifschew, fordern mittelst Aufrufs zur Bildung von Komitees in allen Städten auf, um die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens vorzubereiten.

Der Kriegsminister hat alle Militärkommandeure aus dem Ausland nach Sofia einberufen, um über die militärische Lage auf dem Balkan zu beraten.

Sofia, 30. September. (S. L. B.) Die Regierung ist offenbar durch den Einfluß des Fürsten, in der Frage der Orientbahn von ihrem bisherigen Standpunkte abgewichen. Der gestrige Ministerrat, der den ganzen Tag tagte, beschloß folgende Alternative zu unterbreiten: Entweder die Abklärung der Presse für die bulgarischen Strecken angucken, oder die gesamte Verwaltung unter bulgarische Staatskontrolle zu stellen.

Konstantinopel, 30. September. (S. L. B.) Das hiesige jugendliche Komitee ist bemüht, die bulgarischen Zwischenfälle auf friedlichem Wege beizulegen. Das türkische Ansehen und der Berliner Vertrag dürfen jedoch nicht verletzt werden.

Sonst und sehr, oder Rechtsanwältin und Minister. „Soldaten schießt nicht, ihr seid nicht in der Kaserne, um die Arbeiter zu morden!“

Wenn der Befehl zu morden an Euer Ohr schlägt, so seid Diener der Gerechtigkeit und keine Mörder!

Mittelstlos geht auf den, der Euch den Mord befiehlt, wie groß auch die Zahl dieser Betrüger sei!

So stand vor einigen Jahren im Pariser „Petit Sou“ zu lesen. Aus dem „Petit Sou“ übernahm es der „Pionnier de l'Yonne“. Das letztgenannte Blatt wurde verklagt. Es gelang ihm aber einen geschickten Advokaten zu gewinnen, der seinen Freispruch erzielte.

Dieser Rechtsanwalt heißt Aristide Briand, er ist heute Justizminister von Frankreich. . . Die „Voix du Peuple“ hat den Eingang dieser Zellen stürzen lassen und schließlich im Sperren wiederhergestellt und verlangt bringen angeklagt zu werden.

Es wird sich nun herausstellen, ob Herr Briand als Minister das unter Anklage stellen wird, was er als Rechtsanwalt verurteilt hat.

Bryan gegen Roosevelt. In einem langen Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Roosevelt wendet sich Bryan gegen das Einsetzen der Stellung des Präsidenten zur Unterstützung der Kandidatur Laufs und erklärt, er könne es nicht für richtig halten, daß der Präsident seinen Einfluss benutze, um Mitglieder seiner Partei zu unterstützen, und daß er sein Amt, das für das ganze Volk da sei, Parteizwecken nutzbar mache. Bryan erklärt, daß wenn Laufs in die Präsidentschaft trete, Laufs Parteiführer über die Präsidentschaft sich mit den Feinden nicht vereinbaren ließen. Zum Schluß wirft Bryan Roosevelt Ungerechtigkeit vor.

Aus der Türkei. Der Kurdenchef Ibrahim verlor es den türkischen Behörden einen kleinen Streich zu spielen; während er dem Distrikt in Ufa seine Hebräer angebotet und wegen schwerer Erkrankung um Entsendung eines Arztes ersuchte, flüchtete er aus seiner militärischen Umkleung.

Der Streit in den Kohlenruben von Heraclea nimmt bedrohlichen Charakter an. Es sind Gerüchte verbreitet, daß es zu blutigen Zusammenstößen gekommen sei. Die Streitenden haben die Drahtleitungen zerstört. Weitere Truppenentsendungen nach dem Kohlenrevier werden vorbereitet.

Zum Zwischenfall in Casablanca. Zwecks Beilegung des Zwischenfalls in Casablanca sind, wie die Neue Politische Korrespondenz, die deutsche und französische Regierung beschäftigt. Es wird über gewisse Einzelheiten des tatsächlichen Vorganges Gewißheit zu verschaffen und sodann ihre Rechtsauffassung festzustellen. Das beiderseitige Material würde hierauf auszuwerten und zu veröffentlichen sein. Erst dann werden die Regierungen ihre endgültigen Erklärungen in der Angelegenheit abgeben können.

Der Kongress der belgischen Gemeinderäte. Am 23. Oktober d. J. wird der Verband der Gemeinderäte Belgiens zu Brüssel einen Kongress abhalten. In unserem belgischen Bruderblatt „Le Peuple“ macht der Genosse Emile Vindt auf die große Bedeutung aufmerksam, die die auf diesem Kongress zur Beratung stehenden Fragen für das ganze Land und speziell für den Sozialismus haben. So stehen zur Beratung u. a. die Spreuung der Schulhäuser, und die Frage der Schulkindern, die Aufnahme von Schulkindern, der Bau von Arbeiterwohnungen durch die Gemeinden und in Verbindung damit, die Frage des Kommunalgrundbesitzes, der bisher in Belgien leider in geradezu unverantwortlicher Weise veräußert worden ist. Unser Bruderblatt gibt der sicheren Hoffnung Ausdruck, daß die sozialistischen Gemeinderäte zahlreich auf dem Kongress vertreten seien und mit allem Nachdruck für die Geltendmachung sozialistischer Prinzipien in der Kommunalverwaltung eintreten werden.

Ein allgemeiner Studentenstreik in Petersburg. Die Freiheit der Unwissenheit beschlossen worden. Wie ein Telegramm aus Petersburg meldet, ist in dieser dort am Sonntag abgehaltenen Versammlung von Studenten der dortigen Universität mit 2000 Stimmen gegen 70 Stimmen bei 88 Stimmenthaltungen beschlossen worden, einen allgemeinen Ausstand der Studenten zu erklären, falls weitere Repressionsmaßnahmen der Regierung gegen die Studenten erfolgen sollten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. September.

Nürnberg und die Breslauer Parteigenossen.

Der Parteitag von Nürnberg war einer der bedeutungsvollsten, die je stattgefunden haben. Die Verichterstattung über seine Verhandlungen sollte deshalb für jeden, der es ernst meint mit seiner sozialistischen Ueberzeugung, von größtem Interesse sein. Wir hoffen, daß aus diesem Grunde die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Donnerstag Abend recht zahlreich von den Mitgliedern besucht werde.

Die Versammlung beginnt, da eine rege Diskussion zu erwarten ist, pünktlich um 8 1/2 Uhr. Gäste, von Mitgliedern eingeführt, haben trotz der entgegen gesetzten Ansicht des Polizeipräsidenten, Zutritt.

Die Buchbinder hielten Sonnabend ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Es wurde u. a. beschlossen, künftig alle 14 Tage eine Versammlung abzuhalten, nur solle man dafür sorgen, daß es allen Mitgliedern bekannt und somit der Besuch ein besserer werde. Mit der Ueberrahme des Walfotte-Abends am 6. Dezember durch den Bildungs-Ausschuß des Sozialdemokratischen Vereins erklärte sich die Versammlung nach langer und sehr rege Debatte einverstanden. Zur Stelle man die Verbindung, daß der Verband als der Anreger des Abends und Auftraggeber der Frau Walfotte die Hälfte des zu erwartenden Ueberschusses als „Abstand“ erhalte. Hierauf hielt Genosse Albert einen kurzen Vortrag über die bevorstehenden Stativerordnungen u. a. h. und forderte zur allgemeinen tätigen Mithilfe bei der Wablarbeit und bei den Geldsammlungen auf. Die Versammlung bewilligte daraufhin aus der (leider nur sehr wenig gefüllten) Lokalkasse 15 Mark für den Vorabend an den Sammlungen beteiligten. (Liste sind im Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, II, zu haben.) Im Oktober soll wieder eine öffentliche Versammlung für alle Breslauer Buchbinder, Kartonnagen, Turnspazierarbeiter u. mit Genossen Albert als Referenten stattfinden. Das Stiftungsfest des Verbandes soll am Sonntag, den 17. Oktober, im Gewerkschaftshaus abgehalten und Genosse Albert mit der Festrede beauftragt werden. Ein Abschließendes für einen zum Militär einrückenden Kollegen hielt die Versammlung bei Sang und Klang noch lange beisammen.

Der Besitzer des Hauses Bräuerstraße 50, über dessen Wohnung in unserer Zeitung geklagt worden war, hatte in einer Verhörung angegeben, daß die in Frage kommenden Sünden der Familie Kubn durch das Waschen der Frau verursacht worden seien. Dazu teilt uns Frau Kubn mit, daß fast alle Mieter des Hauses in der Wohnung waschen mußten, weil das Waschhaus nicht anspricht, kein eigenes Wasser hatte und die Kellertreppen so schlecht waren, daß die Polizei das ganze Waschhaus schloß. Frau Kubn ist Blätterin und hatte nur selten seine Wäsche zu waschen, die Wohnung wurde Tag und Nacht geküht. Daß die Ursache der Feuchtigkeit nicht in der Wohnung liegt, wird dadurch bestätigt, daß fast alle im ganzen Hause darüber klagen. Die Miete ist abschließend zurückgehalten worden, weil die längst geforderten Reparaturen nicht gemacht wurden. Ob die Familie Kubn nur „das Nötigste“ besitzt, acht Herrn Holländer garnichts an, jedenfalls haben sie alles, was sie zum Leben brauchen, sich durch eheliche Arbeit erworben. — Mit dieser Erklärung schließen wir die Debatte über die Annelageheit.

Das Eichenborff-Denkmal-Komitee in Breslau hielt am Dienstag Nachmittag im kleinen Rathhaussaal unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsrats Professor Dr. Förster eine Sitzung ab, an welcher u. a. Oberbürgermeister Dr. Dember teilnahm. Nachdem man in das Komitee noch den Theaterdirektor Dr. Loewer gewählt hatte, wurde beschlossen, am 26. November d. J. in einem der hiesigen Theater eine Festschulung zum Besten des Denkmalsfonds zu veranstalten. Zur Aufführung soll voranschließlich gelangen: „Die Freier“ von Eichenborff. Der Denkmalsfonds hat bis jetzt die ungefähre Höhe von 15.000 Mk. erreicht.

Aus dem Kunstgewerbemuseum. Vom 1. Oktober ab ist die Bibliothek außer Sonntag von 11-2 Uhr an allen Wochentagen Vormittags von 11-2 Uhr, Abends von 6-9 Uhr geöffnet.

Diebibliothek. Heute Mittwoch, den 30. d. M., verabschiedeten sich Mirjam Porwig und die anderen Kräfte von Breslau, um Donnerstag, einem aus zwölf Schlägern bestehenden nächtlichen Programm das Feld zu räumen. — Am Sonntag, den 4. Oktober er., findet die nächste Nachmittags-Vorstellung statt.

Beim Bau der Kaiserbrücke hat sich ein neuer Unfall zugetragen. Aus bisher unbekannter Ursache stürzte eine sogenannte „Spundwand“ ein, wobei vier der dort beschäftigten Arbeiter ins Wasser fielen. Glücklicherweise konnten sie sehr schnell gerettet werden. Wäre aber das Unglück während der Nachtschicht passiert, so hätte es sehr schlimme Folgen haben können.

Leibschmied. Am 28. d. M. hatte sich die 52jährige verwitwete Köchin Auguste Frische im Keller des von ihr mitbewohnten Grundstücks Bräuerstraße 49 mit einem Küchenmesser die Pulsadern an beiden Armen durchgeschnitten und sich außerdem noch mehrere Schnittwunden am Hals beigebracht. Sie starb infolge Verblutung; die Leiche wurde nach der Anatomie überführt.

Männliche Leiche gefunden. In der Nähe bei der Fähr am Weidenbamm aus der Ober gelandeten männlichen Leiche ist der Fischer Karl Joemann aus Klein-Tschansch erkannt worden.

Wasserleiche. Die am 28. d. Mts. aus dem Umgebungs-fanal gelandete männliche Leiche ist als die des Kassaboten Sieger ermittelt worden.

Kerker. Am Mittwoch, Vormittag 9 1/2 Uhr, wurde die Kerkerwehr nach Hubenstraße 100 a gerufen, wo ein Stubenbrand zu löschen war; bald darauf eilte sie nach Wehlstraße 39, um hier ebenfalls einen unbedeutenden Stubenbrand zu beseitigen.

Zubiel herausgegeben. Zwei Männer, die am 29. d. M. in einer Restauration auf dem Waukittplatz ihre Beche mit einem Marbled besetzten, erhielten auf ein Kunstwerkstück herausgehakt, stießen das Geld ein und beandeten sich bereits auf dem Waukittplatz, wo sie verurteilt das zuviel erhaltene Geld teilten, als ihnen atemlos die Restaurateurfrau nachgesetzt kam und ihnen die Beute abforderte.

Eine reiche Bettlergabe. Am 28. d. M. hat die Ehefrau eines Instrumentenbauers in ihrer Wohnung auf der Neuen Taugentienstraße einer unbekanntem Bettlerin freiwillig statt eines Zweipfennigs ein Rehmarschstück gegeben.

Der Ganner, welcher vor einigen Tagen bei zwei hiesigen öffentlichen Lehrern vorgeschrien und bei einem Uhr, bei dem anderen einen wertvollen Stod gestohlen hat, befindet sich auch im Besitz einer Pistole unter dem Namen Dr. phil. Kahlberg, die er zweifellos an anderen Schwärzleuten benutzen wird. Das Publikum ist daher hierdurch gewarnt.

Neueste Nachrichten.

Der Wahlrechtskampf in Ungarn. Budapest, 28. September. Die Abends aus Wien anlangenden Delegierten zum vorigen Sozialisten-Kongress wurden von etwa 6000 Personen unter großen Ovationen empfangen. In verführerischer Aufmarsch vor dem Klub der Sozialisten wurde auch die Polizei verblindert.

Verhaftung von Anarchisten.

Budapest, 28. September. Die Polizei verhaftete heute in einem hiesigen Hotel vier Anarchisten, darunter den hiesigen Anarchisten Jakob Robinson, der in der hiesigen Anarchisten-Zentrale, welche sich in der Anarchisten-Zentrale befindet, angeblich Zeichnungen von Bomben und anderen anarchischen Werkzeugen gefunden.

Die Cholera.

Petersburg, 30. September. (S. L. B.) Gest. sind 98 Personen an der Cholera gestorben, darunter sind 22. Die Gesamtzahl der Erkrankten beträgt 1888.

Breslau, 30. September. (S. L. B.) In Breslau, in Ohligshausen sind 4 zugereiste Personen unter Choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt.

Warschau, 30. September. (S. L. B.) In Warschau sind gestern 6 Cholerafälle vorgekommen.

Ein verpöchter Bombenanschlag.

Paris, 30. September. (S. L. B.) Nach Meldung des „Matin“ aus Bordeaux explodierte gestern Abend gegen 11 Uhr auf einem Fensterbrett des Erdgeschosses der Wohnung des deutschen Konsuls eine Bombe. Dieselbe war äußerst primitiv zusammengesetzt. Ein Explosionsstoff war nur mit starker Leinwand umhüllt. Die Explosion hatte die Wirkung, daß sämtliche Fenster der Wohnung zertrümmert wurden. Schlimmer Schaden wurde nicht angerichtet.

Lobesurteil.

Kiel, 30. September. (S. L. B.) Das Schwurgericht verurteilte den 19jährigen Arbeiter Peterßen, der im März d. J. seinem Schwelgerpater den Hals durchgeschnitten hatte, zum Tode.

Schiffskatastrophe auf dem Rhein.

Essen, 30. September. (S. L. B.) Im Rhein oberhalb Emmerich ereignete sich ein schwerer Zusammenstoß. Der Schlepper „Altenion“ wurde von einem anderen Schlepper angefahren und sank sofort. Eine Frau und ein Kind sind ertrunken.

Dampfer-Unglück auf der Oder.

Breslau, 30. September. (Telephon. Meldung.) Gestern Dienstag Abend flog in der Nähe der Meißenermündung der „Kessel“ des nach Spandau gehörenden Dampfers „Brandenburg“ in die Luft. Der Schiffsführer wurde bei dem Unfall ins Wasser geworfen, soll sich aber gerettet haben. Anscheinend ist der Unfall auf das Zeigen mit Ueberdruck zurückzuführen, das bei den Spandauer Dampfern schon sprichwörtlich ist.

Paris, 30. September. (S. L. B.) Hiesige Blätter melden aus Cherbourg, daß dort Versuche mit der Erfindung eines Deutschen stattgefunden haben, welche bezweckt, den Rauch auf den Kriegsschiffen völlig zu unterdrücken. Es handelt sich um eine Flüssigkeit, die auf das Kesselfeuer geschüttet wird.

Trient, 30. September. (S. L. B.) Der internationale Verband der Zivilbeamten und Handlungsgehilfen in Trientino und anderen italienischen Städten wurde wegen Staatsgefährlichkeit aufgelöst.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 30. September: Arbeiter-Madfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Sonnabend, den 3. Oktober: Freie Turnerschaft. Quartals-Versammlung im Zimmer Nr. 2. Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt.

Zimmerer. Jeden Sonnabend: Jahlabend im Zimmer 1. Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Volksmacht-Agitation. Sonntag, den 4. Oktober, findet von dem Lokal zum „Roten Löwen“, Kupferstraße 21, aus eine Agitation für die „Volksmacht“ statt. Wir bitten die Genossen, recht pünktlich um 7 1/2 Uhr früh zu erscheinen.

Distrikt 2 (Zuerbrunnen). Die Wahlhelfer, die ihre Hauskarten am Montag noch nicht abgeliefert haben, werden ersucht, dieselben bis Mittwoch, den 30. d. M., beim Distriktsführer Kaufstraße 27, part., abzuliefern. — Ebenso sind dabeilist die zur Unterzeichnung zweier Genossen ausgegebenen Listen möglichst bald abzugeben.

Distrikte 9, 10 und 11. Achtung Wahlhelfer! Diejenigen Genossen, die noch im Besitz von Hauskarten sind, werden ersucht, dieselben an den Distriktsführer Nob. Vogel, Waterloostraße Nr. 30, IV., bald abzuliefern.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt. Distrikt 7 (Koberwitz und Umgegend). Sonntag, den 4. Oktober, Nachmittags 2 1/2 Uhr: Zusammenkunft und Sonntag bei Heimia in Koberwitz. Nachher Kattationsstour nach Belschwitz.

Distrikt 8 (Gerdain). Donnerstag, den 1. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Klugner, Kretschmerstraße 39. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Distrikt 14 (Stabelwitz, Marschwitz, Herraprottsch). Sonntag, den 4. Oktober, Vormittags 10 Uhr: Jahlabend im bekannten Lokal.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei für die Reichstagswahlkreis Breslau-Ost und West. — 8600 Mitglieder. — Monatsbeitrag 80 Pf. — Die Partei ist mit 1400 Büchern reich ausgestattet zur Verfügung. Bibliotheksstunden jeden Montag von 7-9 Uhr Abends. Ausgabe von Büchern nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. — Aufzählung für den Vorstand sind an das Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, II, zu richten, das an Wochentagen von 8-11 und 4-7 Uhr geöffnet ist; Telefon Nr. 4005. Im Parteisekretariat werden jederzeit neue Mitglieder aufgenommen und sind Aufnahmegebühren, sowie Bestellgelder für die „Volksmacht“ zu haben. Reichstagswahlkreise können im Parteisekretariat nicht erteilt werden. — Jahlabend des Vereins jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. Abrechnung der Bezirksführer jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. — Vorsitzender des Bildungsausschusses: Redakteur Paul Löbe; Vorsitzender der Propagandakommission: Arbeiter-Sekretär D. Probst, Schützenstraße 26; Vorsitzender der Lokalkommissionen: Parteisekretär G. Schallig, Neue Graupenstraße 5.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5. — Verlag von Oscar Schöck. — Druck von H. Schöck & Co. — sämtlich in Breslau. — Stergen 2 Malagen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei für die Reichstagswahlkreis Breslau-Ost und West. — 8600 Mitglieder. — Monatsbeitrag 80 Pf. — Die Partei ist mit 1400 Büchern reich ausgestattet zur Verfügung. Bibliotheksstunden jeden Montag von 7-9 Uhr Abends. Ausgabe von Büchern nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. — Aufzählung für den Vorstand sind an das Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, II, zu richten, das an Wochentagen von 8-11 und 4-7 Uhr geöffnet ist; Telefon Nr. 4005. Im Parteisekretariat werden jederzeit neue Mitglieder aufgenommen und sind Aufnahmegebühren, sowie Bestellgelder für die „Volksmacht“ zu haben. Reichstagswahlkreise können im Parteisekretariat nicht erteilt werden. — Jahlabend des Vereins jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. Abrechnung der Bezirksführer jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. — Vorsitzender des Bildungsausschusses: Redakteur Paul Löbe; Vorsitzender der Propagandakommission: Arbeiter-Sekretär D. Probst, Schützenstraße 26; Vorsitzender der Lokalkommissionen: Parteisekretär G. Schallig, Neue Graupenstraße 5.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5. — Verlag von Oscar Schöck. — Druck von H. Schöck & Co. — sämtlich in Breslau. — Stergen 2 Malagen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei für die Reichstagswahlkreis Breslau-Ost und West. — 8600 Mitglieder. — Monatsbeitrag 80 Pf. — Die Partei ist mit 1400 Büchern reich ausgestattet zur Verfügung. Bibliotheksstunden jeden Montag von 7-9 Uhr Abends. Ausgabe von Büchern nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. — Aufzählung für den Vorstand sind an das Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, II, zu richten, das an Wochentagen von 8-11 und 4-7 Uhr geöffnet ist; Telefon Nr. 4005. Im Parteisekretariat werden jederzeit neue Mitglieder aufgenommen und sind Aufnahmegebühren, sowie Bestellgelder für die „Volksmacht“ zu haben. Reichstagswahlkreise können im Parteisekretariat nicht erteilt werden. — Jahlabend des Vereins jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. Abrechnung der Bezirksführer jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. — Vorsitzender des Bildungsausschusses: Redakteur Paul Löbe; Vorsitzender der Propagandakommission: Arbeiter-Sekretär D. Probst, Schützenstraße 26; Vorsitzender der Lokalkommissionen: Parteisekretär G. Schallig, Neue Graupenstraße 5.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5. — Verlag von Oscar Schöck. — Druck von H. Schöck & Co. — sämtlich in Breslau. — Stergen 2 Malagen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei für die Reichstagswahlkreis Breslau-Ost und West. — 8600 Mitglieder. — Monatsbeitrag 80 Pf. — Die Partei ist mit 1400 Büchern reich ausgestattet zur Verfügung. Bibliotheksstunden jeden Montag von 7-9 Uhr Abends. Ausgabe von Büchern nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. — Aufzählung für den Vorstand sind an das Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, II, zu richten, das an Wochentagen von 8-11 und 4-7 Uhr geöffnet ist; Telefon Nr. 4005. Im Parteisekretariat werden jederzeit neue Mitglieder aufgenommen und sind Aufnahmegebühren, sowie Bestellgelder für die „Volksmacht“ zu haben. Reichstagswahlkreise können im Parteisekretariat nicht erteilt werden. — Jahlabend des Vereins jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. Abrechnung der Bezirksführer jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. — Vorsitzender des Bildungsausschusses: Redakteur Paul Löbe; Vorsitzender der Propagandakommission: Arbeiter-Sekretär D. Probst, Schützenstraße 26; Vorsitzender der Lokalkommissionen: Parteisekretär G. Schallig, Neue Graupenstraße 5.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5. — Verlag von Oscar Schöck. — Druck von H. Schöck & Co. — sämtlich in Breslau. — Stergen 2 Malagen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei für die Reichstagswahlkreis Breslau-Ost und West. — 8600 Mitglieder. — Monatsbeitrag 80 Pf. — Die Partei ist mit 1400 Büchern reich ausgestattet zur Verfügung. Bibliotheksstunden jeden Montag von 7-9 Uhr Abends. Ausgabe von Büchern nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. — Aufzählung für den Vorstand sind an das Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, II, zu richten, das an Wochentagen von 8-11 und 4-7 Uhr geöffnet ist; Telefon Nr. 4005. Im Parteisekretariat werden jederzeit neue Mitglieder aufgenommen und sind Aufnahmegebühren, sowie Bestellgelder für die „Volksmacht“ zu haben. Reichstagswahlkreise können im Parteisekretariat nicht erteilt werden. — Jahlabend des Vereins jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. Abrechnung der Bezirksführer jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. — Vorsitzender des Bildungsausschusses: Redakteur Paul Löbe; Vorsitzender der Propagandakommission: Arbeiter-Sekretär D. Probst, Schützenstraße 26; Vorsitzender der Lokalkommissionen: Parteisekretär G. Schallig, Neue Graupenstraße 5.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5. — Verlag von Oscar Schöck. — Druck von H. Schöck & Co. — sämtlich in Breslau. — Stergen 2 Malagen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei für die Reichstagswahlkreis Breslau-Ost und West. — 8600 Mitglieder. — Monatsbeitrag 80 Pf. — Die Partei ist mit 1400 Büchern reich ausgestattet zur Verfügung. Bibliotheksstunden jeden Montag von 7-9 Uhr Abends. Ausgabe von Büchern nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. — Aufzählung für den Vorstand sind an das Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, II, zu richten, das an Wochentagen von 8-11 und 4-7 Uhr geöffnet ist; Telefon Nr. 4005. Im Parteisekretariat werden jederzeit neue Mitglieder aufgenommen und sind Aufnahmegebühren, sowie Bestellgelder für die „Volksmacht“ zu haben. Reichstagswahlkreise können im Parteisekretariat nicht erteilt werden. — Jahlabend des Vereins jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. Abrechnung der Bezirksführer jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. — Vorsitzender des Bildungsausschusses: Redakteur Paul Löbe; Vorsitzender der Propagandakommission: Arbeiter-Sekretär D. Probst, Schützenstraße 26; Vorsitzender der Lokalkommissionen: Parteisekretär G. Schallig, Neue Graupenstraße 5.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5. — Verlag von Oscar Schöck. — Druck von H. Schöck & Co. — sämtlich in Breslau. — Stergen 2 Malagen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei für die Reichstagswahlkreis Breslau-Ost und West. — 8600 Mitglieder. — Monatsbeitrag 80 Pf. — Die Partei ist mit 1400 Büchern reich ausgestattet zur Verfügung. Bibliotheksstunden jeden Montag von 7-9 Uhr Abends. Ausgabe von Büchern nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. — Aufzählung für den Vorstand sind an das Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, II, zu richten, das an Wochentagen von 8-11 und 4-7 Uhr geöffnet ist; Telefon Nr. 4005. Im Parteisekretariat werden jederzeit neue Mitglieder aufgenommen und sind Aufnahmegebühren, sowie Bestellgelder für die „Volksmacht“ zu haben. Reichstagswahlkreise können im Parteisekretariat nicht erteilt werden. — Jahlabend des Vereins jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. Abrechnung der Bezirksführer jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. — Vorsitzender des Bildungsausschusses: Redakteur Paul Löbe; Vorsitzender der Propagandakommission: Arbeiter-Sekretär D. Probst, Schützenstraße 26; Vorsitzender der Lokalkommissionen: Parteisekretär G. Schallig, Neue Graupenstraße 5.



Donnerstag, den 1. Oktober 1908.

Die Freiheit der Wissenschaft.

In Jena trat am Sonntag der zweite deutsche Hochschullehrertag zusammen, auf welchem diesmal auch die preussischen Universitäten vertreten waren, insgesamt etwa 50 Professoren und Privatdozenten deutscher und österreichischer Hochschulen. Auch Herr Wabrmund aus Innsbruck war zugegen. Als Grundgedanken für die Vereinigung deutscher Hochschullehrer bezeichnete der eröffnende Jener Professor Klein folgende:

Unsere Hochschulen sind groß geworden durch die Prinzipien der freien Forschung und freien Lehre. Das ist ein Gut, welches erhalten werden muß, denn von diesem Gut hängen der Ruhm und die Bedeutung unserer Hochschulen ab. Wir verdanken ihnen im Prinzip den Einfluß, der von unseren Hochschulen hinüberströmt ins nationale Volksleben und die Entwicklung des Kulturlebens. Darum mußte die Vereinigung geknüpft werden, die fest zusammensteht, wenn dieses höchste Gut der Hochschulen irgendwie angegriffen oder geschmälert werden sollte. (Beif. Beifall.)

Ueber diese Frage kam es dann auch auf dem Kongress zu interessanten Auseinandersetzungen. Professor v. Amira (München) nahm dann das Wort zu seinem Referat: Die Stellung des akademischen Lehrers zur Freiheit in Forschung und Lehre.

Zur Begründung der Verhandlungen hat Referent folgende Thesen entworfen:

1. Die wissenschaftliche Forschung und die Mitteilung ihrer Ergebnisse müssen gemäß ihrem Zweck unabhängig sein von jeder Rücksicht, die nicht in der wissenschaftlichen Methode selbst liegt, demnach unabhängig von Traditionen und Vorurteilen der Masse, unabhängig von Autoritäten und gesellschaftlichen Gruppen, unabhängig von Interessen.

2. Dieser Satz liegt ebenso im Interesse des Staates wie der Wissenschaft, weil die Vermehrung und Ausbreitung der Erkenntnisse die Gesellschaft niemals schädigen, sondern nur fördern kann.

3. Um im Staate jedermann anzustehen, bedarf diese Unabhängigkeit so wenig irgend ein anderes sogenanntes Grundrecht einer Verbürgung im Gesetz. Es würde vielmehr, wenn sie eingeschränkt werden sollte, eines Gesetzes bedürfen. Ein solches besteht in deutschen Ländern nicht.

4. Auch aus der amtlichen Stellung eines Forschers oder Lehrers kann keine Befreiung aus seiner Forschungs- oder Lehrfreiheit abgeleitet werden, weder unmittelbar noch mittelbar, etwa so, als hätte er durch seinen Anstellungsvertrag der staatlichen Amtsgewalt eingeräumt, ihm in jeder Beziehung Schranken zu setzen. Ein solcher Vertrag würde gegen die guten Sitten verstoßen und folglich nichtig sein. Seine Erfüllung wäre eine Verletzung der im Lehramt liegenden Pflicht der Wahrhaftigkeit.

Zur Begründung seiner Thesen führte Professor v. Amira etwa folgendes aus:

Die Freiheit der Forschung und Lehre ist der wichtigste Gesichtspunkt, unter dem überhaupt die Aufgaben des Hochschullehrers aufgeföhrt werden können. Von Seiten unserer Gegner ist nach unserer Gründungsversammlung gemeint worden, es würde uns der Berührungspunkt fehlen. Die Zeitläufe haben leider dafür gesorgt, daß wir mit Verhandlungsstoff auf diesem Gebiete überhäuft sind.

In der kurzen Zeit seit dem vorigen Jahre haben die Ihnen allen seltener bekannten Fälle Schröder (Wien), Günther (Tübingen), Wabrmund (Innsbruck) und Schmitz (München) gezeigt, daß systematisch von einer bestimmten Seite die Freiheit der Forschung und Lehre angegriffen wird. Diese Angriffe haben in einzelnen Fällen bedeutenden Erfolg gehabt, und es erscheint uns heute als zwingende Notwendigkeit, eine entschiedene Stellung dazu einzunehmen.

Redner legt dann im einzelnen dar, welche Zwangsmittel der Staat gegen die einzelnen Arten der Hochschullehrer, die Privatdozenten, die außerordentlichen und ordentlichen Professoren hat. Der Staat allein habe die Macht, die Freiheit der Forschung zu beschränken. Darum richten sich alle unsere Forderungen ausschließlich an den Staat nicht an die einzelnen Parteien, die so unzulässig sein können, wie sie wollen. Vom Staate verlangen wir, daß er die Lehr- und Forschungsfreiheit nach allen Richtun-

gen hin sichert. Eine Beschränkung der Freiheit der Universitäten wird zunächst gefordert von ihrem Erziehungswert aus.

Die Universitäten sind keine Arbeitsanstalten, sie sollen nicht erzelen zu bestimmten Meinungen oder bestimmten selbstständig eine Meinung zu bilden.

Auch in der Studentenenschaft hat die jüngste Bewegung, die freistudentische, die Selbstziehung nicht zu einer bestimmten Meinung, sondern zur freien Wahl unter den Anschauungen zu ihrem Programm erhoben. Geht sollen die Hochschulen erziehen, aber nicht im Sinne eines schematischen Traditionsalismus. Sie dürfen nicht die starrsinnige Mauer einer ausschließlich geltenden Meinung um sich ziehen, sondern müssen in der praktischen, katholische, jüdische und alle möglichen Universitäten erziehen. Die freie Forschung und die freie Lehre gehören unweigerlich zusammen, und ihre Freiheit schließt jeden staatlichen Eingriff zugunsten irgendeiner Meinung aus. Nun wendet man uns ein, daß der Staat ja nicht dulden dürfe, daß

den künftigen Staatsbeamten vorgetragen würden. Adone es sich der Staat z. B. gefallen lassen, wenn ein Theologie-Professor die Weiberei empfehle, während doch die monogame Ehe (Ehelichkeit) die Grundlage unserer Gesellschaftsordnung ist? Wir brauchen aber gar nicht solche erhabenen Beispiele zu geben, wir können einfach nachweisen, daß an manchen Hochschulen der abstrakteste Witz bis in die jüngste Gegenwart hinein ständig staatsgefährliche Theorien vertreten die Lehre von der

Unzulässigkeit des Ehenneinmordes von allen Unzulässigkeitskennzeichen herab verflucht, nicht nur theoretisch, sondern zum Zwecke der Rechtfertigung praktischer Parodien. Heute sind wir natürlich viel zu gut gesinnt, als daß jemand den Ehenneinmord verteidigen würde. (Gelächter.) Wir brauchen aber gar nicht Vertreter der katholischen Moraltheorie, daß die allgemeinen Staatsgesetze, welche jemand zu im Gewissen binden können. Hierbei wird als Moral das effe Gebot verflucht: Laß dich nicht erweichen! (Gelächter.) Wir wollen nicht den Staat mobil machen gegen solche Theorien, dafür sind eben die Hochschulen Stätten freier Meinungsbildung, aber wir wollen, daß

der Staat alle Theorien ungelesen läßt. Und wir glauben, daß ein Staat, der solche Theorien nicht vertragen kann, nicht warten könnte, bis sie innerlich überwinden wären, nicht wert wäre, zu bestehen. (Beif. Beifall.)

Der amtliche Charakter der Hochschullehrer darf nicht zur Beschränkung ihrer Freiheit führen. Kein Anstellungsvertrag kann den Hochschullehrer verpflichten, die Unwahrheit zu lehren, denn das wäre unfittlich.

Im übrigen haben auch die jungen Theologen ein Recht darauf, daß ihnen Ueberzeugungen vorgetragen werden. Die Theologieprofessoren sind keineswegs in erster Linie Kirchenbedienter, sondern wissenschaftliche Forscher. Es dürfen keine zwei Klassen Unzulässigkeitsprofessoren entstehen, die eine, die die Pflicht zur Wahrheit, die andere, die die Pflicht zur Unwahrheit hat. Das würde ein Zustandewirken unmöglich machen. Dann müßte es heißen: Fort mit den theologischen Fakultäten, sie sind ein Fremdkörper in unserer Hochschule, sie haben ganz andere Zwecke als der ganze übrige Lehrkörper. Diese Forderung wäre aber gegenwärtig ausföhrlos. Keine Regierung würde eine theologische Fakultät vernichten. Hat doch die Reichsregierung der Kirche die größten Konzessionen gemacht, nur damit sie dem Staate erlaube, sein gutes Werk für die Zwecke einer theologischen Fakultät in Straßburg auszuüben, die nur den Zwecken der Kirche dient. (Sehr wahr!) Die Konfessionellen Parteien sind heute in Deutschland so mächtig, daß keine Regierung wagen würde, sie zu reißen. Wenn ein ernsthafter Politiker vorrächt, der römischen Kirche zu drohen und alle katholischen Fakultäten abzuschaffen, wenn sie nicht mildere Seiten aufweise, so kennt er die römische Kirche nicht. Die römische Diplomatie kennt die Situationen der Staaten viel zu genau und laßt über solche Drohungen. (Sehr wahr!) Auch wir würden die wissenschaftliche Bedeutung der theologischen Fakultäten nicht gern entbehren. Geht lehren sie viel Verträglichem Maße unsere wissenschaftliche Erkenntnis erweitert sollte die Regierung sie allerdings dauernd degradingen, so müßten auch wir sie ungleichmäßig behandeln mit den

Mitteln, die uns zu Gebote stehen. Schon diese Erwägung zeigt, wie wichtig die Erhaltung der Autonomie der Universitäten ist. Mit ihrer Hilfe können wir den theologischen Fakultäten die Freiheit der Forschung erobert oder sichern. Mit dem Wahlsatz der Fakultät können wir verhindern, daß uns ausgesetzene Professoren im Senat oder in der Fakultät überlegen etwas zu sagen haben. (Beif. Beifall.) Zum Schluß legt Redner dar, daß die Forderung der Lehrfreiheit das Beste ist, was die Freiheit der Wissenschaft mit der Freiheit der Wissenschaft zu tun hat. Er schließt mit der Hoffnung, daß eine eingehende Behandlung der Frage der akademischen Freiheit der ungeheuren Bedeutung des Gegenstandes entsprechen werde. (Beif. Beifall.)

Professor Amira hatte sich auf die kirchliche Seite der Streitfrage beschränkt; es fanden sich aber zwei Mutige, die die selbstverständlichen Konsequenzen auch auf das staatliche Gebiet übertrugen. Ihre Anregung brachte den Amteffenhausen der Staatslehrer allerdings in nicht geringe Aufregung, was der folgende Bericht über die Diskussion bestätigt:

Zunächst nahm Prof. Alfred Weber-Heidelberg das Wort: Angesichts der Tatsache, daß eine Einschränkung der Lehrfreiheit und der Zulassung zum Lehramt nicht nur von kirchlicher Seite, sondern auch auf Grund bestimmter gesellschaftlicher und politischer Anschauungen und politischen Verhältnisse, haben wir alle Ursache, uns auch gegen diese Eingriffe zu wenden. Die regierenden Kreise und nicht wenige auch manche Akademiker halten es für selbstverständlich, daß Sozialdemokraten, Vertreter marxistischer Anschauungen, von der Universität ausgeschlossen werden. Wir haben den Fall Kronas erlebt, in dem Leo Kronas auf Grund eines neuen, zu diesem Zweck gemachten Gesetzes von seinem Privatdozentenamt entfernt wurde, und haben auch in einem weniger bekannten und akuten Fall Michels erlebt, daß auf seine Anfrage, ob seine politische Meinung in Sozialdemokrat ein Hindernis für eine Habilitation sein würde, ihm geantwortet wurde, daß nach Rücksicht mit den entscheidenden Stellen sein Gesuch keine Aussicht habe, alle Instanzen zu passieren. Unabweisbar liegt auch darin eine Einschränkung der Lehr- und Forschungsfreiheit, die doppelt beschämend ist, wenn wir sehen, daß das Ausland uns solche Leute mit Ruhm abnimmt, und über die berühmten deutschen Universitäten, die diese Stätten angeblühter Geistesfreiheit, laßt. Ich beantrage daher, zu beschließen:

„Damit die Hochschule die Stätte absolut unabhängiger Forschung und Lehre sein könne, darf die Weltanschauung und politische Stellung des Lehrers niemals Grund zur Nichtzulassung zum Lehramt oder zum Ausschluß von seinem Lehramt sein.“

Reichstagsabg. Prof. Stengel-Greifswald: Durch diesen Vorschlag können wir in eine unerlöste Diskussion hincin. Wir haben ausdrücklich alle Fragen ausgeschlossen, die sich auf die Zulassung zum Lehramt beziehen. In der Sache stimmen wir ja alle überein, aber es geht doch nicht hierher. (Zuruf: Fall Kronas!) Der Fall Kronas ist ein spezieller Fall, und wir können nicht jeden einzelnen Fall besonders erörtern.

Prof. Hartmann-Wien: Die Zulässigkeit des Antrags Weber unterliegt nach dem Wortlaut des Themas gar keinem Zweifel. Auch die Nichtzulassung zum Lehramt präjudiziert die Freiheit der Lehre.

Prof. Kauffmann-Breslau: Die Formulierung des Antrags Amira ist ganz klar und bestimmt, sie schließt alles in sich, was gesagt werden muß. In dem bezeichneten Falle ist uns das Material auch nicht im entferntesten bekannt, im Falle Kronas haben Prof. Schmoller und die Fakultät der Berliner Universität ihre volle Solidarität getan.

Prof. Mar Weber-Heidelberg: Wenn kein Zweifel darüber herrscht, daß diese Anschauung die einmütige Meinung des Hochschullehrertages ist, daß wir einmütig

die Maßregelung von Kronas und Michels verurteilen, dann sind mein Bruder und ich bereit, unsere Resolution zurückzuziehen. Wir dürfen uns aber in unseren Beschlüssen nicht beschränken auf die akademische Freiheit derer, die schon das Glück haben, Hochschullehrer zu sein. Wie man das aber

den unangehören Sprung aus altzeitlicher Natur in die moderne Kultur ungefährdet ausführen zu können. Die Europäer können wiederholen den primitiven Menschen in vielen ihrer Beschäftigungen, Neigungen, Fehler und Tugenden. Mit dem Begriffe des Unrechts und der „Sünde“ muß man beim primitiven Menschen vorsichtig sein, manches, was so erscheint, ist nur ein niedriger Zustand, eine Unfähigkeit. So ist die Schwelgerei des Mittelalters von dem Eingebildeten anfangs sehr schwer, solange wie bei den Australiern die Träume für Wahrheit gehalten werden: darüber darf der Gang zum Ugen weder bei Australiern, noch Europäern als truglich genommen werden. Anders steht es mit dem Rechtschaffen, der dem Urmenschen fremd ist: Treue im Gatten von Verbrechen, gegenseitige Liebe innerhalb der Gemeinschaft und der Gerechtigkeit, Pflicht vor dem Tode und vor den Toten sind Fundamentaltugenden der Menschheit. Aus dem Erccumben ist der Glaube an die Unabhängigkeit der Seele vom Körper und daher die Idee der Unsterblichkeit als ein weiterer Besitz der Menschheit zu erklären. Die Sorgfalt der Bestattung setzte sich auch bei dem Neandertalmenschen, der in Schimmerstellung auf Feuersteinplatten gebettet war. Der primitive Mensch, unser Ahne, ist als ein hochstehendes Wesen zu schätzen, das mit mancher Hinsicht an Kraft der Individualität und Komplexität seinen Zeitgenossen der Kultur überlegen war.

Der primitive Mensch in Vergangenheit und Gegenwart.

Von der Verhandlungen der 30. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, die inzwischen in Köln zu Ende geführt wurden, ist der Vortrag des Professor Klatsch-Breslau über den primitiven Menschen noch nachzutragen.

In seiner Einleitung entwarf der Vortragende eine kurze historische Uebersicht über die Entwicklung der Lehre von den fossilen Menschenrassen. In Deutschland wurde diese Jahrzehnte hindurch gekennnt durch den Einfluß Rudolf Virchows, der die wahre Bedeutung des berühmten Neandertal-Steinmännchens (1857) vollständig vollkommen verstand, indem er dessen abweichende Schädelbildung (das Original liegt im Provinzialmuseum in Bonn) für etwas Krankeles hielt, trotz neuer gleichartiger Funde, die 1887 aus Belgien (Grotte von Spy) bekannt wurden. Erst durch die heftigen Kämpfe des Vortragenden, der das Unbedeutende des Neandertalrassen unterföchte und Schwabes neue Funde über das Schädeldach wurde der von Virchow fast bis zu seinem Tode aufrecht erhaltene Widerstand gestochen, im Jahre 1901. Zu dieser Zeit kam der neue Fund von Neandertal aus der alten Diluvialzeit zur Kenntnis, der in Kroatien, zu Kaplina bei Marum gemacht wurde, wobei unter Beteiligung des Vortragenden der typische Neandertalcharakter der beide Funde prägnant festgestellt wurde. In der Erläuterung einer mit den Neandertalrassen der Eiszeitverwelt und wahrscheinlich schon vorher in Mitteleuropa weit verbreiteten primitiven Menschenrasse war daher nicht mehr zu zweifeln. Ganz neuerdings hat nun Professor Klatsch ein neues Neandertalsteinstück ausgearbeitet, und zwar in Südafrika, in dem durch seine altsteinzeitlichen Funde längst wohlbekanntes Bezelet Dordane. Dort hat ein Schweizer Gelehrter, Herr O. Hauser, der seit Jahren jene klassischen Fundstätten in Mitteleuropa nach Steinwerkzeugen durchgräbt, schon im April ein Menschensteinstück in ungehöriger Schicht in einer bisher ganz unberührten Grotte von Le Moustier gefunden. Herr Hauser wartete mit der Gebuna bis zum Eintrassen Professor Klatschs Mitte August. Beide haben nun den Steinfund, dessen Vergangung trotz der enormen Bruchstücke so gut gelang, daß Professor Klatsch den Schädel aus Hunderten von Bruchstücken so vollständig herstellen konnte, wie es noch bei keinem Neandertalsteinfund gelungen war. Freilich konnte sich die leichte Reformation, welche alle Schädel durch den Langamen, in viel Bedenken auslösenden Jahren wütenden Erdbeben erfahren hatten, nicht ausgleichen lassen. Durch die genaue Untersuchung wurde festgestellt, daß ein unendlich, vermutlich männliches Individuum

vorlag, welches in allen seinen Teilen ganz spezifisch die Kombination von Merkmalen zeigte, die am Kopfsteil wie an den Weibknochen als charakteristisch für den Neandertaltypus erkannt worden war. Nach Professor Klatsch verneint diese fossile Rasse Zustände, welche heute bei voneinander sehr verschiedenen Rassen vorkommen. In dem kurzen, gedrungenen Bau der Extremitätenknochen liegt ein Anknüpfen an heutige arktische Rassen, wie die Eskimos vor die Stärke der Knochen und das lokale Gebiß erinnern an Australier, mit denen auch am Schädel manche Ueberinstimmungen bestehen. Die Neandertalmerkmale waren von mittlerer Natur, das Gesicht sehr lang, Augen- und Nasenhöhle ungewöhnlich weit, der Schädel niedrig, aber sehr lang und breit. Die Ueberaugenwülste umrandeten fast halbkreisförmig von oben die großen Augenhöhlen. Die Stirnhöhle war festgelegt hat, bestehen viel gemeinsame Züge zwischen der Neandertalrassen und den heutigen Einzelrassen Australiens, welche letztere vielfach noch unter den archaischen Australiern Europas stehen. Die Australier sind aus einem nicht zu Beginn der Menschenausbreitung abspaltenden Teil der alten Urherde hervorgegangen. Die niederen Zustände, welche der fossile primitive Mensch der Vergangenheit Europas und der heutigen der australischen Gegenwart gemeinsam haben, verweisen auf die gemeinsame Wurzel der Menschheit und gelten daher für alle Zwecke, somit auch für unsere Vorfahrenreihe, wenn diese auch keineswegs über den Neandertaltypus führen dürfte und die Australier heute nur unsere armen, infolge ihrer langen Isolierung rückföhligen Vetter darstellen.

Ohne ein Studium der niederen Stufe des Primitivmenschen können wir unseren eigenen Zustand nicht verstehen, denn mit eisernen Klammern ist die Gegenwart an unsere niedere Vergangenheit gebunden. Mitten in unsere lebendige Kulturwelt ragen die alten Zustände noch hinein und offenbaren sich in Bestialitäten und Borniertheiten, die zu dem Homo sapiens (weiser Mensch, das ist die wissenschaftliche Bezeichnung des Menschen in der Tierreihe) schlecht passen. Die Konsequenzen einer paläontologischen Betrachtungsweise beschränken sich nicht auf das Körperliche, sie betreffen auch das Kulturelle, das Geistige und das Nischliche. Der Vortragende entwirft das Bild, welches wir aus diesen Richtungen vom Urmenschen zu machen haben, indem er die Beobachtungen an den lebenden Australiern dazu benützt, um die Lücke unserer Kenntnisse von der paläolithischen Menschheit Europas zu ergänzen. Er kommt zu dem Urteil, daß der primitive Mensch weder als schlecht noch als dumm bezeichnet werden darf, wenn er auch einem Unterdünen so erscheinen könnte. Die Australier sind enorm entwicklungsfähig, es

wird ihnen nur nicht das Verständnis und die Hilfe zuteil, um den ungeheuren Sprung aus altzeitlicher Natur in die moderne Kultur ungefährdet ausführen zu können. Die Europäer können wiederholen den primitiven Menschen in vielen ihrer Beschäftigungen, Neigungen, Fehler und Tugenden. Mit dem Begriffe des Unrechts und der „Sünde“ muß man beim primitiven Menschen vorsichtig sein, manches, was so erscheint, ist nur ein niedriger Zustand, eine Unfähigkeit. So ist die Schwelgerei des Mittelalters von dem Eingebildeten anfangs sehr schwer, solange wie bei den Australiern die Träume für Wahrheit gehalten werden: darüber darf der Gang zum Ugen weder bei Australiern, noch Europäern als truglich genommen werden. Anders steht es mit dem Rechtschaffen, der dem Urmenschen fremd ist: Treue im Gatten von Verbrechen, gegenseitige Liebe innerhalb der Gemeinschaft und der Gerechtigkeit, Pflicht vor dem Tode und vor den Toten sind Fundamentaltugenden der Menschheit. Aus dem Erccumben ist der Glaube an die Unabhängigkeit der Seele vom Körper und daher die Idee der Unsterblichkeit als ein weiterer Besitz der Menschheit zu erklären. Die Sorgfalt der Bestattung setzte sich auch bei dem Neandertalmenschen, der in Schimmerstellung auf Feuersteinplatten gebettet war. Der primitive Mensch, unser Ahne, ist als ein hochstehendes Wesen zu schätzen, das mit mancher Hinsicht an Kraft der Individualität und Komplexität seinen Zeitgenossen der Kultur überlegen war.

Aus aller Welt.

Rückgang der Cholera in Rußland. Da die Cholera seit acht Tagen langsam, aber stetig abnimmt — nachdem am vierzehnten Tage die Schiffsärzte der Erkrankungen mit 419 erreicht worden ist — glaubt die städtische Krankenkommision, daß die Krise der Epidemie eingetreten und der Rückgang in der Erkrankungen dauernd anhalten werde. Diese Annahme wird dadurch bestätigt, daß die letzten Feiertage, wo das Volk an Unmüdigkeiten gewöhnt ist, keine Erhöhung der Erkrankungen gebracht haben. Auch im Gouvernement Petersburg macht sich die Abnahme der Erkrankungen bemerkbar. Durch die Nachlässigkeit der Verwaltung ist die Cholera in das Fremdenhaus Nikolai des Wunderkaters v. Spitz worden, wo Massenkrankungen in der Abteilung der Zofischen ausgedehnt sind. Gestern wurde von der Polizei ein großer Unfug der Subjekte festgestellt, die die Choleraerkrankten nach den Hospitälern zu schaffen haben. Diese Subjekte sind daran bemerkt, daß ihnen die Nummer fehlt. Gestern wurde konstatiert, daß diese Subjekte sich nebenbei ruhig mit der Beförderung gewöhnlicher

Die Freiheit der Wissenschaft.

In Jena trat am Sonntag der zweite deutsche Hochschullehrertag zusammen, auf welchem diesmal auch die preussischen Universitäten vertreten waren, insgesamt etwa 50 Professoren und Privatdozenten deutscher und österröcherischer Hochschulen. Auch Herr W a h r m u n d aus Innsbruck war zugegen. Als Grundgedanken für die Vereinigung deutscher Hochschullehrer bezeichnete der eröffnende Jenaer Professor Rehn folgende:

Unsere Hochschulen sind groß geworden durch die Prinzipien der freien Forschung und freien Lehre. Das ist ein Gut, welches erhalten werden muß, denn von diesem Gut hängen der Ruhm und die Bedeutung unserer Hochschulen ab. (Beifall.) Wir verbieten ihnen im Prinzip den Einfluß, der von unseren Hochschulen hinstromt in das nationale Volksleben und die Entwicklung des Kulturlebens. Darum mußte die Vereinigung geknüpft werden, die fest zusammensteht, wenn dieses höchste Gut der Hochschulen irgendwie angegriffen oder geschmälert werden sollte. (Beif. Beifall.)

Ueber diese Frage kam es dann auch auf dem Kongress zu interessanten Auseinandersetzungen. Professor v. Amira (München) nahm dann das Wort zu seinem Referat: Die Stellung des akademischen Lehrers zur Freiheit in Forschung und Lehre.

Zur Begründung der Verhandlungen hat Referent folgende Thesen entworfen:

1. Die wissenschaftliche Forschung und die Mitteilung ihrer Ergebnisse müssen gemäß ihrem Zweck unabhängig sein von jeder Rücksicht, die nicht in der wissenschaftlichen Methode selbst liegt, demnach unabhängig insbesondere von Traditionen und Agenden der Masse, unabhängig von Autoritäten und gesellschaftlichen Gruppen, unabhängig von Interessen.

2. Dieser Satz liegt ebenso im Interesse des Staates wie der Wissenschaft, weil die Verneinung und Ausbreitung der Erkenntnisse die Gesellschaft niemals schädigen, sondern nur fördern kann.

3. Um im Staate jedermann zuzusehen, bedarf diese Unabhängigkeit so wenig wie irgend ein anderes sonnenanntes Grundrecht einer Verwirklichung im Gesetz. Es würde vielmehr, wenn sie eingeschränkt werden sollte, eines Gesetzes bedürfen. Ein solches besteht in deutschen Ländern nicht.

4. Auch aus der amtlichen Stellung eines Forschers oder Lehrers kann keine Beschränkung seiner Forschungs- oder Lehrfreiheit abgeleitet werden, weder unmittelbar noch mittelbar, etwa so, als hätte er durch seinen Anstellungsvertrag der staatlichen Amtsgewalt eingezwungen, ihm in jeder Beziehung Schranken zu setzen. Ein solcher Vertrag würde gegen die guten Sitten verstoßen und folglich nichtig sein. Seine Erfüllung wäre eine Verletzung der im Lehrvertrage liegenden Pflicht der Wahrhaftigkeit.

Zur Begründung seiner Thesen führte Professor v. Amira etwa folgendes aus:

Die Freiheit der Forschung und Lehre ist der wichtigste Gesichtspunkt, unter dem überhaupt die Aufgaben des Hochschullehrers aufgefaßt werden können. Von Seiten unserer Gegner ist nach unserer Gründungsverammlung gemeldet worden, es würde uns der Beratungsstoff fehlen. Die Zeitläufe haben leider dafür gesorgt, daß wir mit Verhandlungsstoff auf diesem Gebiete überhäuft sind.

In der kurzen Zeit seit dem vorigen Jahre haben die Thesen allen fasten Bekannten Fälle Schröder (Wien), Günther (Tübingen), Wahrmund (Innsbruck) und Schuber (München) gezeigt, daß systematisch von einer bestimmten Seite die Freiheit der Forschung und Lehre angegriffen wird. Diese Angriffe haben in einzelnen Fällen bedeutenden Erfolg gehabt, und es erscheint uns heute als zwingende Notwendigkeit, eine entschiedene Stellung dazu einzunehmen.

Redner legt dann im einzelnen dar, welche Zwangsmittel der Staat gegen die einzelnen Arten der Hochschullehrer, die Privatdozenten, die außerordentlichen und ordentlichen Professoren hat. Der Staat allein habe die Macht, die Freiheit der Forschung zu beschränken. Darum richtet sich alle unsere Forderungen ausschließlich an den Staat nicht an die einzelnen Fakultäten, die so unzulässig sein können, wie sie wollen. Vom Staate verlangen wir, daß er die Forschungs- und Lehrfreiheit nach allen Richtun-

gen hin achtet. Eine Beschränkung der Freiheit der Universitäten wird zunächst gefordert von ihrem Erziehungswert aus.

Die Universitäten sind keine Kadettenanstalten. Sie sollen nicht erzogen zu bestimmten Meinungen oder bestimmten Fähigkeiten, sondern nur zu der einzigen Fähigkeit, sich selbstständig eine Meinung zu bilden.

Auch in der Studentenschaft hat die jüngste Bewegung, die freisinnige, die Selbstziehung nicht zu einer bestimmten Meinung, sondern zur freien Wahl unter den Anschauungen zu ihrem Programm erhoben. Gewiß sollen die Hochschulen erziehen, aber nicht im Sinne eines schematischen Traditionslehrens. Sie dürfen nicht die christliche Moral einer ausschließlich geltenden Meinung um sich ziehen, sonst müßten wir ja protestantische, katholische, jüdische und alle möglichen freie Lehren gehören ununtrennbar zusammen, und ihre Freiheit schließt jeden staatlichen Eingriff zugunsten irgendeiner Meinung aus. Nun wendet man uns ein, daß der Staat ja nicht dulden dürfe, daß

den künftigen Staatsbeamten vorgetragen würden. Können es sich der Staat z. B. gefallen lassen, wenn ein Theologie-Professor die Vielweiberei empfiehlt, während doch die monogame Familie sicherlich eine Grundlage unserer Gesellschaftsordnung ist? (Beifall.) Wir brauchen aber gar nicht solche erdachten Beispiele zu geben, wir können tatsächlich nachweisen, daß an manchen Hochschulen der jüdische Kultus bis in die jüngste Gegenwart hinein ständig staatsgefährliche Theorien vertreten die Lehre von der

Zulässigkeit des Tiranenmordes von allen Unversitätskammern herab verhandelt, nicht nur theoretisch, sondern zum Zwecke der Rechtfertigung praktischer Verkommenheit. Heute sind wir national viel zu gut gesinnt, als daß jemand den Tiranenmord verteidigen würde. (Beifall.) Aber noch heute verkündet ein Vertreter der katholischen Moraltheorie, daß die allgemeinen Staatsgesetze, welche jemand zu im Gewissen binden können. Hierbei wird als Moral das erste Gebot verkündet: Laß dich nicht erwischen! (Beifall.) Wir wollen nicht den Staat mobil machen gegen solche Theorien, dafür sind eben die Hochschulen Stätten freier Meinungsbildung, aber wir wollen, daß

der Staat alle Theorien ungehindert läßt. Und wir glauben, daß ein Staat, der solche Theorien nicht vertragen kann, nicht wahren können, die sie innerlich überwinden wären, nicht wert wäre, zu bestehen. (Beifall.)

Der amtliche Charakter der Hochschullehrer darf nicht zur Beschränkung ihrer Freiheit führen. Kein Anstellungsvertrag kann den Hochschullehrer verpflichten, die Unwahrheit zu lehren, denn das wäre unethisch.

Im übrigen haben auch die jungen Theologen ein Recht darauf, daß ihnen Ueberzeugungen vorgetragen werden. Die Theologieprofessoren sind keineswegs in erster Linie Kirchenbedienter, sondern wissenschaftliche Forscher. Es dürfen keine zwei Klassen Unversitätsprofessoren entstehen, die eine, die die Pflicht zur Wahrheit, die andere, die die Pflicht zur Unwahrheit hat. Das würde ein Zusammenwirken unmöglich machen. Dann müßte es heißen: Fort mit den theologischen Fakultäten, sie sind ein Fremdkörper in unseren Hochschulen, sie haben ganz andere Zwecke als der ganze übrige Lehrkörper. Diese Forderung wäre aber gegenwärtig ausnahmslos. Keine Regierung würde eine theologische Fakultät vernichten. Hat doch nur damit sie dem Staate erlaube, sein gutes Geld für die Zwecke einer theologischen Fakultät in Straburg aufzuwenden, die nur den Zwecken der Kirche dient. (Sehr wahr!) Die konfessionellen Parteien sind heute in Deutschland so mächtig, daß keine Regierung wagen wird, sie zu reizen. Wenn ein ernstlicher Politiker vorschlägt, der römischen Kurie zu brechen und alle katholischen Fakultäten abzuschaffen, wenn sie nicht mildere Zeiten aufziehe, so kennt er die römische Kurie nicht. Die römische Kurie ist ein Diktator, der die Situationen der Staaten viel zu genau und laßt über solche Diktatorien. (Sehr wahr!) Auch wir würden die wissenschaftliche Bedeutung der theologischen Fakultäten nicht gern entbehren. Geheiß lehren sie viel Veraltetes, viel Unhaltbares, aber sie haben doch auch in beständlichem Maße unsere wissenschaftliche Erkenntnis erweitert. Sollte die Realisierung der allerdings dauernd bearbeiteten, so müßten auch wir sie ungleichmäßig behandeln mit den

Mitteln, die uns zu Gebote stehen. Schon diese Erwägung zeigt, wie wichtig die Erhaltung der Autonomie der Unversitäten ist. Mit ihrer Hilfe können wir den theologischen Fakultäten die Freiheit der Forschung erobert oder sichern. Mit dem Wahlsatz der Fakultäten können wir verhindern, daß uns aufgestaute Professoren im Senat oder in der Unversitätsverwaltung etwas zu sagen haben. (Beifall.) Zum Schluß legt Redner dar, daß die Forderung der Freiheit das Beste ist, was aller Lehren mit Beherrschung in sich fähig ist. Er schließt mit der Hoffnung, daß eine eingehende Behandlung der Frage der akademischen Freiheit der ungeheuren Bedeutung des Gegenstandes entsprechen werde. (Beifall, anhaltender Beifall.)

Professor Amira hatte sich auf die kirchliche Seite der Streitfrage beschränkt; es fanden sich aber zwei Mutige, die die selbstverständlichen Konsequenzen auch auf das staatliche Gebiet übertrugen. Ihre Anregung brachte den Anwesenenden der Staatslehrer allerdings in nicht geringer Aufregung, was der folgende Bericht über die Diskussion bestätigt:

Zunächst nahm Prof. Alfred Weber-Heidelberg das Wort: Angesichts der Tatsache, daß eine Einschränkung der Lehrfreiheit und der Zulassung zum Lehrberuf nicht nur von kirchlicher Seite, sondern auch auf Grund bestimmter gesellschaftlicher und politischer Anschauungen versucht wird, haben wir alle Ursache, uns auch gegen diese Eingriffe präzise zu wenden. Die regierenden Kreise und naturreichlich auch manche Akademiker haben es für selbstverständlich, daß Sozialdemokraten, Vertreter marxistischer Anschauungen, von der Unversität ausgeschlossen werden.

Wir haben den Fall Kronz erlebt, in dem Leo Kronz auf Grund eines neuen, zu diesem Zwecke gemachten Gesetzes von seinem Privatdozentenamt entfernt wurde, und haben auch in einem weiteren bekannten und öfteren Fall Michels erlebt, daß auf seine Anfrage, ob seine politische Gesinnung in Sozialdemokratie ein Hindernis für eine Habilitation sein würde, ihm geantwortet wurde, daß nach Rücksprache mit den entscheidenden Stellen sein Gesuch keine Aussicht habe, alle Instanzen zu passieren. Unabweisbar liegt auch darin eine Einschränkung der Lehr- und Forschungsfreiheit, die doppelt bedauerlich ist, wenn wir sehen, daß das Ausland uns solche Leute mit Aufhand abnimmt, und über die berühmten deutschen Unversitäten, die diese Zitäten angeblicher Geistesfreiheit, laßt. Ich beantrage daher, zu beschließen:

„Damit die Hochschule die Stätte absolut unabhängiger Forschung und Lehre sein könne, darf die Bekanntschaft und politische Stellung des Lehrers niemals Grund zur Nichtzulassung zum Lehramt oder zum Ausschluß von seinem Lehramt sein.“

Rechtsanwältin Prof. Stengel-Greifswald: Durch diesen Vorschlag können wir in eine unerlöste Diskussion hineinkommen. Wir haben ausdrücklich alle Fragen ausgeschlossen, die sich auf die Zulassung zum Lehrberuf beziehen. In der Sache stimmen wir ja alle überein, aber es gehört doch nicht hierher. (Ausruf: Ja! Kronz!) Der Fall Kronz ist ein spezieller Fall, und wir können nicht jeden einzelnen Fall befürworten.

Prof. Hartmann-Wien: Die Zulässigkeit des Antrags Weber unterliegt nach dem Wortlaut des Themas gar keinem Zweifel. Auch die Nichtzulassung zum Lehramt präjudiziert die Freiheit der Lehre.

Prof. Kanfmann-Breslau: Die Formulierung des Antrages Amira ist ganz klar und bestimmt, sie schließt alles in sich, was gesagt werden muß. In dem bezogenen Falle ist uns das Material auch nicht im entferntesten bekannt, im Falle Kronz haben Prof. Schmolzer und die Fakultät der Berliner Unversität ihre volle Schulaufmerksamkeit geschenkt.

Prof. Max Weber-Heidelberg: Wenn kein Zweifel darüber herrscht, daß diese Forderung die einmütige Meinung des Hochschullehrertages ist, daß wir einmütig

die Maßregeln von Kronz und Michels verurteilen, dann sind mein Bruder und ich bereit, unsere Resolution zu ratifizieren. Wir dürfen uns aber in unseren Beschlüssen nicht beschränken auf die akademische Freiheit derer, die schon das Glück haben, Hochschullehrer zu sein. Wie man das ab-

Der primitive Mensch in Vergangenheit und Gegenwart.

Von den Verhandlungen der 80. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, die in Jülich im Herbst zu Ende geführt wurden, ist der Vortrag des Professor A. A. S. P. Breslau über den primitiven Menschen noch nachzutragen.

Zur seiner Einleitung entwirft der Vortragende eine kurze historische Uebersicht über die Entwicklung der Lehre von den fossilen Menschenaffen. In Deutschland wurde diese Frage hauptsächlich durch den Einfluß Rudolf Virchows, der die wahre Bedeutung des berühmten Neandertal-Fossilfundes (1857) (Düsseldorf) vollkommen verkannte, indem er dessen abweichende Schädelbildung (das Original liegt im Provinzialmuseum in Bonn) für etwas Anomalies hielt, trotz neuer gleichzeitiger Funde, die 1887 aus Belgien (Grotte von Spy) bekannt wurden. Erst durch die heftigen Kämpfe des Vortragenden, der das (Schönbach) Fossil der Neandertal-Fossil unterrichtete und Schwalbes neue Funde über das Schädelstück wurde der von Virchow fast bis zu seinem Tode aufrecht erhaltene Widerstand gebrochen, im Jahre 1901. Zu dieser Zeit kam der neue Fund von Menschenaffen aus der alten Tullerhöhle zur Kenntnis, der in Krapina, zu Krapina bei Maram gemacht wurde, wobei unter Beteiligung des Vortragenden der typische Neandertalcharakter der Fossilien festgestellt wurde. An der Erklärung einer mit der Neandertal-Fossilien der Eiszeitverwandtschaft schon vorher in Mitteleuropa weit verbreiteten primitiven Menschenaffen war daher nicht mehr zu zweifeln. Ganz neuerdings hat nun Professor A. A. S. P. ein neues Neandertal-Fossil ausgearbeitet, und zwar in Südfrankreich, in dem durch seine altsteinlichen Funde längst in Wissenschaften verzeichnete Dordogne. Dort hat ein Schweizer Gelehrter, Herr S. Sauer, der seit Jahren jene altsteinlichen Fundstätten intensiver nach Steinwerkzeugen durchgräbt, schon im April ein Menschenfossil in ungeschädigter Schicht in einer bisher ganz unberührten Grotte von Le Moustier gefunden. Herr Sauer warke mit der Deutung bis zum Eintreffen Professor A. A. S. P. in die Grotte. Welche haben nun den Steinwerkzeugen, dessen Vergleiche mit den Schädel aus Hunderten von Bruchstücken so vollständig herstellbar konnte, wie es noch bei keinem Neandertal-Fossil gelungen war. A. A. S. P. konnte sich die leichte Deformation, welche alle Schädel durch den Langamen, in vier Reihen von Nauren wirkenden Erddruck erfahren hatten, nicht ausrechen lassen. Durch die genaue Untersuchung wurde festgestellt, daß ein unentwickeltes, vermutlich männliches Individuum

vorlag, welches in allen seinen Teilen ganz spezifisch die Kombination von Merkmalen zeigte, die am Kopfsteil wie an den (Schädelknochen) als charakteristisch für den Neandertal-Typus erkannt werden war. Nach Professor A. A. S. P. vereinigt diese fossile Rasse Zustände, welche heute bei voneinander sehr verschiedenen Rassen vorkommen. In dem kurzen, gedrungeneren Bau der Extremitätenknochen liegt ein Anhalt an heutige arktische Rassen, wie die Eskimos vor, die Stärke der Knochen und das kolossale Gebiß erinnern an Affenaffen, mit denen auch am Schädel manche Ueberähnlichkeiten bestehen. Die Neandertal-Menschen waren von mittlerer Statur, das Gebiß sehr lang, Auagen- und Nasenhöhle ungewöhnlich weit, der Schädel niedrig, aber sehr lang und breit. Die Ueberausmaßliche umrandeten Schädelknochen zeigen auf seiner dreieckigen Form schon gewisse Ähnlichkeiten mit den heutigen Einheimischen Australiens, welche letztere jedoch noch unter den alpidischen Mammuthiergattung Europas stehen. Die Australier sind aus einem gleich zu Beginn der Menschenausbreitung abgeprägten Zell der alten Herde hervorgegangen. Die niederen Zustände, welche der fossile primitive Mensch der Vergangenheit Europas und derjenige der australischen Gegenwart gemeinsam haben, verweisen auf die gemeinsame Wurzel der Menschheit und gelten daher für alle Rassen, somit auch für unsere Vorfahrenreihe, wenn diese auch keineswegs über den Neandertal-Typus führen längen (Mikrologie) rassistischen Vektoren darstellen.

Obwohl ein Studium der niederen Stufe des Primitivmenschen können wir unseren eigenen Zustand nicht verstehen, denn mit eisernen Klammern ist die Gegenwart an unsere niedere Vergangenheit gebunden. Mitten in unsere scheinbar hohe Kulturwelt ragen die alten Zustände noch hinein und offenbaren sich in Verfassungen und Normen, die zu dem Homo sapiens (weiser Mensch), das ist die wissenschaftliche Bezeichnung des Menschen in der Tierreihe, fähig sind. Die Konsequenzen einer paläontologischen Betrachtungsweise beschränken sich nicht auf das Körperliche, sie betreffen auch das Kulturelle, das Geistige und das Seelische. Der Vortragende entwirft das Bild, welches wir aus diesen Rückschlüssen vom Urmenschen zu machen haben, indem er die Beobachtungen an der lebenden Australier dazu bemerkt, um die Rinde unserer Kenntnisse von der paläolithischen Menschheit Europas zu ergänzen. Er kommt zu dem Urteil, daß der primitive Mensch weder als schlecht noch als dumme bezeichnet werden darf, wenn er auch einem Unkundigen zu erkennen könnte. Die Australier sind enorm entwicklungsfähig, es

wird ihnen nur nicht das Verständnis und die Hilfe zuteil, um den ungeheuren Sprung aus altsteinzeitlicher Kultur in die moderne Kultur ungeschädigt auszuführen zu können. Die Europäer wiederholen den primitiven Menschen in vielen ihrer Beschäftigungen, Neigungen, Fehler und Tugenden. Mit dem Begriffe des Unrechts und der „Sünde“ muß man beim primitiven Menschen vorsichtig sein, manches, was so erscheint, ist nur ein niedriger Zustand, eine Unfähigkeit. So ist die Scheldung des Wirflichen von dem Eingebildeten anfangs sehr schwer, so lange wie bei den Australiern die Träume für Wahrheit gehalten werden; daher darf der Gang zum Ugen weder bei Australiern, noch Europäern zu tragisch genommen werden. Anders steht es mit dem Diebstahl, der dem Urmenschen fremd ist: Treue im Solken von Versprechen, gegenseitige Liebe innerhalb der Gemeinschaft und der Horde, Feindschaft vor dem Alter und vor den Teten sind Fundamentaltugenden der Menschheit. Aus dem Urmenschen ist der Glaube an die Unabhängigkeit der Seele vom Körper und daher die Idee der Unsterblichkeit als ein vor aller Welt der Menschheit zu erklären. Die Sorgfalt der Bestattung zeigte sich auch bei dem Neandertal-Menschen, der in Südfrankreich auf Feuersteinplatten gebettet war. Der primitive Mensch, unser Urmenschen, ist als ein hochentwickeltes Wesen zu schätzen, das in mancher Hinsicht an Kraft der Individualität und Kampfesmut seinen Epigonen der Kultur überlegen war.

Aus aller Welt.

Rückgang der Cholera in Rußland. Da die Cholera seit acht Tagen langsam, aber stetig abnimmt — nachdem am vierzehnten Tage die Höchstzahl der Erkrankten mit 419 erreicht worden ist — glaubt die städtische Krankenkommision, daß die Gefahr der Epidemie, eingetreten und der Rückgang in der Erkrankungen dauernd anhalten werde. Diese Annahme wird dadurch bestätigt, daß die letzten Feterstage, wo das Volk an Unmöglichkeiten gewöhnt ist, keine Erhöhung der Erkrankungen gebracht haben. Auch im Gouvernment Petersburg macht sich die Abnahme der Erkrankungen bemerkbar. Durch die Nachlässigkeit der Verwaltung ist die Cholera in das Strenhaus Nikolai des Zarenträtters verstreut worden, wo Massenepidemien in der Abteilung der Tobfischigen ausgebrochen sind. Bessern wurde von der Polizei ein großer Unfug bei Subjektive festgestellt, die die Cholerastrafen nach den Hospitälern zu schaffen haben. Diese Subjekte sind daran kenntlich, daß ihnen die Nummer fehlt. Gestern wurde konstatiert, daß diese Subjekte sich nebenbei ruhig mit der Beförderung gewöhnlicher

...darüber schweigt der Sänger...
...auf die akademische Freiheit...
...die Hochschullehrer sind, wenn eine Durchsetzung durchgeföhrt...
...die man begonnen hat, akademischer Lehrer zu sein.
...Professor Vogt-München: Wir würden dem Aussehen des...
...Hochschullehrers nicht genügen, wenn wir unvorberetet und...
...überall hier einen Bekuß über die älttesten Fälle lassen...
...den. Ich dürfte geradezu danach, diese Frage auf...
...dem nächsten Hochschullehrertage in einem ausführlichen Referat...
...behandelt zu sehen, und bitte, sie zu vertragen.
...Professor Alfred Weber: Ich habe nicht verlangt, daß...
...wir uns zu den einzelnen Fällen äußern, sondern nur unsere...
...ganz allgemeine Überzeugung aussprechen...
...sollen, daß die Freiheit der Wissenschaft keine Schranke...
...verträgt. Was ich will, steht schon in der ersten These des Professors...
...v. Amira. Ich will das nur genauer präzisieren.
...Professor Reich-Wien blüht, den Antrag Weber anzunehmen; er habe einen hochbegabten Studenten als Schüler...
...gehabt, den er aufforderte, sich zu habilitieren. Da antwortete...
...ihm dieser:

Ich bin Marzill und armer Teufel.
da kann ich in ganz Deutschland und Oesterreich nie Professor werden. (Heiterkeit.) Er sei in vielen Dingen wissenschaftlicher Gegner des Marxismus, aber es sei ihm immer unangenehm, gegen ihn zu polemisieren, weil er an den Hochschulen unbestritten gemacht sei. In den romantischen Ländern sei man in dieser Beziehung viel weiser.

Professor Rein-Jena tritt für den Antrag Vogt ein, die Frage erst nach gründlichem Vorkudum auf dem nächsten Hochschultage zur Entscheidung zu bringen.
Professor Hiegler-Jena macht darauf aufmerksam, daß die Freiheit der Lehre zur Voraussetzung habe, daß niemand in der Behörde einträte mit der Absicht, bestimmte Parteischauungen zu vertreten.

Professor Rein-Jena betont, daß der philosophischen Fakultät der Universität Jena niemals ein Habilitationsgesuch von Robert Michels vorgelegen habe.
Professor Rein-Jena bestätigt das und fügt hinzu, daß das gleiche auch für Marburg zutreffe. Man könne nicht über Fälle diskutieren, in denen gar keine Fakultätsbeschlüsse, sondern nur Privatgespräche und Privatbriefe vorlägen.

Professor Max Weber-Heidelberg entgegnet, daß er persönlich einen Brief mit der Mitteilung an Michels gesehen habe, daß er seine Aussicht habe, bei den maßgebenden Instanzen des Habilitationsgesuch durchzuführen. Der Fall Kronz habe dazu geführt, daß in Jena jetzt noch einmal seine Seltungsurkunde zurückverlangt und so abgeändert habe, daß wenigstens hier solche Fälle unmöglich seien.

Professor Vogt: Wir tappen mit der Stange im Nebel umher, wenn wir nicht sagen, welcher der beiden Instanzen der Selbstverwaltung oder der staatlichen Aufsichtsbehörde, wir Vorkudum machen sollen. (Zuruf: Weiden!) In Leipzig kann sich niemand habilitieren, der nicht die staatliche Genehmigung hat, in Preußen haben wir die der Königs. Da rückt also die Universitätsbehörde kein Wort. Um das Maß der Vorkudum richtig zu verteilen, müssen wir die Frage im einzelnen gründlich untersuchen.

Professor Franz Meyer-Tübingen: Es erscheint auch mir ausgeschlossen, daß wir uns heute über die Habilitationsbedingungen aussprechen. Aber um den Protest gegen die Vorkudumregelung bereit: angelegter Hochschullehrer, weil sie Sozialdemokraten waren, kommen wir nicht herum. Die Resolution Amira richtet sich in allen wesentlichen Punkten gegen das Zentrum. Ich sehe nicht ein, warum wir einer Stellungnahme gegen die staatlichen Behörden wegen ihres Vorgehens gegen Sozialdemokraten ausweichen sollen. Das Amt eines akademischen Lehrers muß unabh. hängig sein von der politischen Überzeugung.

Professor Max Weber-Heidelberg: Ich habe nochmals, daß wir unseren Antrag nur zurückziehen können, wenn Sie einstimmig der Meinung Ausdruck geben, daß Selbsterhaltung schließt an keiner Stelle der Universität betrieben werden darf. Wer der Gesinnung des akademischen Lehrers nachschneidet, ist ein Schuft!

(Weißfall und Unterbrechungen.)

Professor Alfred Weber: Ich möchte Sie doch bitten, nicht aus irgendwelchen Rücksichten der freien Meinungsäußerung Abstand zu nehmen. Sie leben hier sonst dem Verbote aus, daß Sie sich ganz bestimmten politischen und gesellschaftlichen Anschauungen halten und in das lauthörliche Reden durch das leider heute ein großer Teil der bürgerlichen Klassen zieht. Sehen Sie uns nicht der Gefahr aus, daß man uns nachsagt: Wir fürchten uns vor den Sozialdemokraten als akademischen Lehrern.

Professor v. Amira: Es wäre lächerlich, eine solche Mißachtung zu fürchten, da wir im nächsten Jahre diese Frage ausführlich behandeln werden.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Weber wird gegen etwa 10 Stimmen abgelehnt und der Antrag Vogt angenommen, daß die im Antrag Weber

berührten Fragen so wichtig seien, daß ihre Verhandlung auf Grund eingehender Referate auf dem nächsten Deutschen Hochschultage geboten erscheint.

Die beiden Antragsteller, Professoren Weber, verlassen hierauf unter Protest den Saal.
Für diesmal haben sich also die Herren Wissenschaftsbeamten unter fadenscheinigen Gründen vor einem männlichen Protest gegen die staatliche Bevormundung in Sachen der freien Forschung und Lehre gedrückt. Sie wollen die Frage das nächste Mal gründlich behandeln. Wir setzen das Gesicht der neuen Diskussion schon voraus. Die braven Preußen und Sachsen werden sich wieder hinter den Ofen verziehen und der Tagung fernbleiben — für die freieren Reden und Beschlüsse der Süddeutschen also keine Verantwortung übernehmen. Denn die Anrechtlosigkeit dieser Stützen der preussischen Wissenschaft ist nicht geringer als die unseres Spießbürtums überhaupt. Byzantinismus und Kriecherei feiern auch dort ihre Triumphe, wo freie Männlichkeit das erste Erfordernis wäre.

Partei-Angelegenheiten.

Die Parteigenossen und der Nürnberger Parteitag. Die Beschlüsse des Parteitag beschäftigte sich eine Parteiverammlung in Halle, die fast besetzt war. Nachdem der Delegierte, Genosse Reimann, Bericht erstattet hatte, ging eine Resolution ein, die sich mit den Beschlüssen des Parteitag einverstanden erklärte und gegen die Auffassung des Genossen Thiele Stellung nahm. Es heißt darin: Die Verammlung erhebt in der Budgetfrage nicht eine nur faktische, sondern eine Frage von hoher prinzipieller Bedeutung, die tief in das Wesen des Klassenkampfes eingreift. Die Budgetfrage verwehrt in gewissen Kreisen nur zum Vorwande für Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, den Klassenkampf zu verschleiern und zu verwässern. Die Verammlung protestiert gegen solche Bestrebungen mit aller Entschiedenheit. Die Resolution wendet sich dann gegen die Erklärung des Genossen Segitz, sowie gegen die sächsische Parteipresse und erwartet von dem Parteivorstande, daß er jedem Versuche, die Parteitagbeschlüsse zu verhöhnen, unmissverständlich entgegentritt.

Genosse Redakteur Thiele wandte sich gegen die Resolution und erklärte, obwohl er persönlich Gegner der Budgetbewilligung sei, sei diese Frage nicht eine solche des Prinzips, sondern der Taktik. Den Süddeutschen gegenüber solle man toleranter sein. Gegen die Ansicht Thieles traten die Genossen Sekretär Drescher, Schriftsteller Lunert (Kandidat des Wahlkreises) und Redakteur Täusig mit aller Entschiedenheit auf. Bis zur Abstimmung Thieles in Nürnberg habe man im Interesse des lieben Friedens zu vielem geschwiegen. Sämtliche drei Redner traten für die Resolution ein, die dann nach fünfständiger Debatte mit überwältigender Majorität angenommen wurde.

Die Parteiverammlung des achten sächsischen Kreises Pirna nahm gegen zwei Stimmen eine Resolution an, die sich mit den Beschlüssen des Parteitag — besonders bezüglich der Budgetbewilligung — einverstanden erklärte. Auch Genosse Fräßdorf, der Kandidat des Kreises, ist ebenfalls einverstanden, nur hätte er eine andere Beschlusfassung zur Budgetbewilligung gewünscht.

Arbeiterbewegung.

Meineidsverdächtiger Innungsmeister. In den Kämpfen der Berliner Väterzellen hat der Spremeister Vogel, der Väterzelle „Germania“, als Arbeitsvermittler eine besonders arbeitserfindliche Rolle gespielt. Es kam dieserhalb zu Verleumdungsprozessen, in deren Verlauf Vogel beschwor, daß er nie Arbeitsuche gegen Entgelt bei der Arbeitsvermittlung bevorzugt habe. Diese Aussage war falsch und Vogel wurde wegen Falschheid des angeklagt. Die Sache stand am Dienstag vor der Strafkammer zur Verhandlung. Nach eingehender Beweisaufnahme, in welcher bestätigt wurde, daß Vogel mehrfach Geld genommen hat, verurteilte der Vorsitzende, daß Vogel des wissentlichen Meineids verdächtig sei. Die Strafkammer war sonach unzuständig und der Innungsmeister kommt vor das Schwurgericht.

Der gelbe Terror in der Maschinenfabrik Augsburg. Der Kampf der Direktion der Maschinenfabrik Augsburg gegen die Mitglieder des Bundes technisch-industrieller Beamten nimmt von Tag zu Tag schärfere Formen an. Die Bestrafung, daß der Vorstehende und der Stellvertreter der hiesigen Ortsgruppe des Bundes gemaskiert wurden, in der Direktion natürlich sehr unangenehm, und in einer längeren Aufklärung suchte der Generaldirektor v. Buz diese Tatsache in der liberalen Augsburger Abendzeitung „hinwegzuleugnen“ und das brutale Vorgehen der Direktion als korrekt hinzustellen. Diesem Beschönigungsversuch des Direktors der selben tritt die Ortsgruppe Augsburg des Bundes der technisch-indu-

striellen Beamten in aller Schärfe entgegen. In einer den hiesigen Zeitungen zugegangenen Klagestellung des Bundes heißt es unter anderem:

„Den Behauptungen der Direktion gegenüber stellen wir fest, daß alles, was bisher unter unserem Namen veröffentlicht wurde, streng der Wahrheit entspricht und jederzeit von uns bewiesen werden kann... Wenn nun Herr v. Buz meint, daß wir der Direktion eine niedrige Gesinnung imputierten, so müssen wir die Direktion an ihren Proturisten, Herrn Pfeiffer, verweisen, der den 17. Herren vom Techniker-Verband gegenüber barlegte, daß die Maschinenfabrik Augsburg zur Sicherung eines Auftrages eine Erklärung von Beamten brauche, daß die Firma das Koalitionsrecht der Angestellten nicht einschränke. Und diese Erklärung habe er, nebenbei bemerkt, gleich mitgebracht!... Auch haben wir die Säkularung des 60-jährigen Friedens, von dem Herr v. Buz sprach, ganz und gar nicht auf unsere Rechnung zu setzen. Dafür ist einzig und allein Dr. Guggenheimer verantwortlich zu machen. Erst, als Herr Dr. Guggenheimer ohne irgendwelche Veranlassung unsererseits seine Absicht offen aussprach, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den Bund zu vernichten, setzten wir uns naturgemäß zur Wehr... Wir werden die Angelegenheit in einer demnächst stattfindenden Versammlung der Öffentlichkeit unterbreiten und behalten uns außerdem noch weitere Schritte vor.“

Diese Erklärung des Bundes deutet die bemerkliche Taktik der Scharfmacher der Maschinenfabrik Augsburg; die weit über die Grenzen Bayerns hinaus den Ton angeden, rücksichtslos auf. Im übrigen zeigt dieser Kampf um das Recht der Koalition, wie durch den Kapitalismus auch die Kategorien von Arbeitern dem Klassenkampf zugeführt werden, die sich bisher und zum großen Teil heute noch als ein Teil der bürgerlichen Gesellschaftsklasse gefühlt haben. Wir können mit der Entwicklung der Dinge wohl zufrieden sein.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. September.
Geschichtskalender.
1. Oktober.
1886 Gründung der Universität Heidelberg.
1789 Konvent proklamiert die Menschenrechte.
1826 Der Historienmaler Karl v. Piloty in München.
1861 Der Maler Hans Makart.

Der Vorstoß gegen die Krankenkassen.

wie er sich in den Verfügungen der Regierung gegen die Breslauer Zentralkommission offenbart, ist ganz systematisch organisiert und erstreckt sich über ganz Preußen. Auch in Berlin geht man nämlich gegen die Kassen amlich vor, und zwar dort, weil die Kassen mit ihrem Aufheben ständischer Wohnungsmiethäuser den reichen Hausbesitzern unangenehm geworden waren. Auf ihr Geschrei hin hat die Regierung den Kassen das Untersuchen des Wohnungselendes untersagt. Aus Berlin wird uns darüber folgendes geschrieben:

Die nachstehende Verfügung ging am 29. September den Vorstandmitgliedern der Ortskrankenkasse für Kaufleute zu:

Der Magistrats-Kommissar für die Orts- und Betriebskrankenkassen.
Berlin, den 17. September 1908.

Abchrift des Erlasses des Herrn Oberpräsidenten vom 9. d. M., erhält der Vorstand zur Kenntnisnahme mit der Aufforderung, die Verwendung von Kassenmitteln für die Zwecke der Wohnungsenquete in Zukunft zu unterlassen bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 10 Mk., event. 2 Tagen Haft für den Uebertretungsfall, die hiermit angedroht wird.
gez. Dr. Meyer.

Diese Verfügung erging auf die Anweisung:
Der Oberpräsident
D. P. 17182.

Boisdam, den 9. September 1908.

Abchrift überende ich dem Magistrat auf den gest. Bericht vom 6. Sept. d. J. — 9935 Gem. 60. 98. — mit dem Ersuchen ergeben, dem Vorstande der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Sanktionsstrafe und Vorbehalt zu Berlin die Verwendung von Kassenmitteln für die Zwecke der Wohnungsenquete bei Vermeidung von Ordnungstrafe zu unterlagen.
gez. v. Troitz zu Solz.

In den Magistrat zu Berlin.
Und diese Anweisung stützt sich wieder auf nachstehende Ministerialverfügung:

Passagiere beschäftigen und sich an belebten Straßenenden aufstellen.

In Prag ist ein Affe, der über Warschau dort angekommen ist, unter Choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt.

Die Cholera in China. Aus Suijchana wird geschrieben: Die Cholera, die, begünstigt durch einen besonders heißen, trockenen Sommer, in diesem Jahre in verschiedenen Teilen Chinas sehr viele Opfer gefordert hat, ist besonders heftig in den drei am Einfluß des Han in den Provinzen gelegenen Städten Sankou, Sankou und Suijchana aufgetreten. Die Zahl der Todesfälle wird auf 30.000 geschätzt. Von Europäern sind im Fremdenquartier Sankou bis Ende August zehn an Cholera gestorben, darunter ein Vater und zwei Söhne des russisch-katholischen Konsulats. In Suijchana am oberen Yangtze erlag der einzige europäische Arzt der Seuche, so daß der dortige deutsche Konsul sich genötigt sah, um Beistand für die im Hospital ohne ärztliche Hilfe liegenden Fremden nach den zwei Lagereisen entfernten Sankou zu telegraphieren. In den ersten Tagen zählten auch zwei Deutsche der jungberbeitete Sekretär des Konsulats in Sankou Korn und seine Frau.

Vorsichtsmaßregeln. Zur Vermeidung der Einschleppung der Cholera durch russische Butter verlangt eine Eingabe, die die Zentralstelle der preussischen Landwirtschafsstammern an den Landwirtschaftsminister gerichtet hat, den unergänzlichen Erlaß eines Einfuhrverbotes für russische und sibirische Butter. Ferner soll jeder, der Butter vom Auslande, namentlich von Holland oder Dänemark einführt, zu dem Nachweis ihres Erzeugungsortes verpflichtet sein, um nicht auf Umwegen hoch Butter aus den der Cholera heimgesuchten Gegenden einschleppen zu lassen.

Am Montag fand im Kultusministerium unter Beteiligung von Kommissaren der beteiligten Reichsämter und preussischen Ministern eine Beratung statt, in welcher Uebereinstimmung darüber bestand, daß die Cholera in Russland in letzter Zeit trotz ihrer räumlichen Ausbreitung zu einem verhältnismäßigen Stillstand gekommen zu sein scheint. Gleichwohl wurde zu größerer Sicherheit gegen eine Einschleppung der Seuche nach Deutschland beschlossen, daß an den Stellen, wo die Dampfschiffe und Parthe aus Russland nach Preußen übertritt, die gesundheitliche Ueberwachung des Schiffverkehrs und Uebereinsicht des Schiffverkehrs eingeföhrt; daß das Quarantäneamt auf den aus Russland kommenden Bahnhöfen zur Beobachtung des Gesundheitszustandes der Reisenden angehalten; daß für die aus Russland in

deutsche Orte reisenden Personen die Verpflichtung eingeföhrt wird, sich innerhalb 24 Stunden polizeilich anzumelden. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Jahreszeit ist zu hoffen, daß die Choleraepidemie in Russland in Kürze ihren bedrohlichen Charakter verlieren wird.

Eine Verhütung des Hochbahnunfalls. In dem meinberührenden, die jetzige Katastrophe gewissermaßen abwendend, sind folgende Auslassungen, die gemacht wurden, als eine Nachbildung des Gleisbreites auf der Dresdener Städteausstellung zu sehen war: „Dieses Gleisbreit war ein Triumph moderner Sicherungstechnik. Wir sagen, es war, und sind uns der gelassenen Ueberrückung, die darin liegt, bewußt. Wir müssen es betonen: Das Gleisbreit, es ist heute nicht mehr das richtige, auch wenn es äußerlich und für den Blick des Vorüberfahrenden noch keine Form behalten hat; auch wenn es vom Publikum noch immer behauptet wird und demnach in Dresden paradiert. Es ist nur mehr ein Scheinbreit, — denn das mindeste, was man von einem Dreieck verlangen kann, ist hoch, daß es drei Ecken hat; dieses hat aber nur mehr zwei. Und von den Sicherungsbarrieren, die mit seiner unbrüchlichen Anlage verbunden waren, ist ein reales Drittel verloren! Es ist schwer, das ohne Bekämpfung ganz zu machen. Die Forderung der unzulänglichen Anlage besteht darin, daß die Züge an der Station des Potsdamer Platzes nicht mehr auf verlassenen Gleisen ein- oder ausfahren, sondern erst nach kurzer Zeit getrossene Neueinrichtung bloß nach östlicher und westlicher Richtung getrennt, auf je einem Gleise ein- und ausfahren. Damit ist der Knotenpunkt des Dreiecks, das in unmittelbarer Nähe der Station die sich kreuzenden Züge auf bestimmten Höhen passieren ließ, aufgehoben, und an seine Stelle treten zwei kurze einseitige Strecken, deren jede zugleich ein- und ausfahrenden Zügen dienen muß und einen eigenen Weichenstellungsapparat sehr hart in Anspruch nimmt. Weltwunderrätel ist das Entscheidende dieser Rettung der Öffentlichkeit garnicht bekannt geworden: daß nämlich das ebenfalls mabre Sicherungsbreit dadurch zu einem „falschen“ geworden ist! Und daß die zeitraubende und nicht unmaßstäbliche Praxis der Weichenstellungen man doch sogar in verhältnismäßig Nähe eingeföhrt wurde. Das wollten wir nur feststellen; in der Dresdener Ausstellung aber mag mittelweife das tabulose Robell, die Theorie, mit Recht Behauptung finden.“

Diese Auslassungen sind damals, Anfang Mai 1905, spurlos verhallt.
Berlin—Sanghai in zehn Tagen. Die Eisenbahn-Verbindung zwischen Europa und Ostasien über Sibirien ist, wie be-

richtet, vor kurzem so verbessert worden, daß man von Berlin nach Peking nur noch 13 Tage, nach Sanghai 15 Tage braucht. Bis zum Herbst nächsten Jahres soll die Fahrzeit abermals verkürzt werden. Von Dalai nach Kwantung braucht jetzt die südmandchurische Eisenbahn, die unter japanischer Leitung steht, 25 Stunden. Durch Umbau der Bahnhöfe und Gleise soll die Fahrzeit auf 13 Stunden verringert werden. Eine weitere Verbesserung erhofft man von dem Ausbau des zweiten Teiles der sibirischen Eisenbahn. Man rechnet damit, dann die Reisedauer von Berlin nach Sanghai auf zehn Tage herabsetzen zu können.

Unfall am Kanalbau Berlin-Stettin. Gestern Morgen ereignete sich bei dem durch die Errichtung des Großschiffbauwerkes Berlin-Stettin erforderlichen Umbau der Bahnanlagen bei Eberswalde ein schwerer Bauunfall. Der aufgeschüttete Bahndamm geriet ins Rutschen und zwei italienische Arbeiter wurden erschlagen. Der eine Arbeiter wurde als Leiche hervorgerogen, der zweite mußte in hoffnungslossem Zustande nach dem Eberswalder Krankenhaus überführt werden.

Mit neun Jahren in den Tod. Der Selbstmord eines neunjährigen Knaben wird aus Berlin gemeldet. Der Sohn Fritz des Banarbeiters Knack besuchte oft die Kinematographentheater. Am Sonntag Nachmittag war er bis 9 Uhr Abends von Hause fortgeblieben. Vorgertern entdeckte seine Mutter, daß er aus dem Kleiderkammer auf Mark genommen hatte. Der Knabe wurde zur Rede gestellt, er gab die Tat auch zu. Offenbar fürchtete er, vom Vater schwer geprügelt zu werden, denn während seine Mutter die Handreinigung besorgte, erhängte er sich auf dem Korridor.

Ueberflutungen in Indien. Große Regenfälle haben in den letzten sechsunddreißig Stunden nach einem Telegramm aus Bombay in Saderabad und Deccan verheerende Ueberflutungen angerichtet. Der Fluß Narm ist um viele Meter gestiegen und hat mehrere Dämme fortgerissen. Laufende von Häusern sind nach den Berichten erschwemmt worden. Der Verlust an Menschenleben ist groß, überall liegen Leichname verstreut. Das Land soll auf Weilen hin verwüstet sein. Die Regenhöhe betrug 15 Zoll.

Ein breunender Ballon. Aus Dordant in Frankreich wird gemeldet, daß vorgestern Abend gegen 8 1/2 Uhr ein Ballon, welcher dort vorüberflog, sich plötzlich entzündete und in einem raschen Niederkürzte. Es konnte bisher noch nicht festgestellt werden, ob der Ballon von Personen mit sich führte, auch konnten die Ueberreste des Ballons noch nicht gefunden werden.

Berlin W. 66, den 26. August 1908.

Nach § 29 Absatz 2 des Krankenversicherungs-Gesetzes dürfen zu anderen Zwecken als zu den statutenmäßigen Unterhaltungen der statutenmäßigen Ankaufung und Ergänzung des Reservefonds und der Deckung der Verwaltungskosten Verwendungen aus dem Vermögen der Kasse nicht erfolgen. Da die Aufnahme von Wohnungsenquieten, wie auch in den Entscheidungen des Verwaltungsgerichts vom 13. April 1905 (S. R. W. S. 155) und des Kammergerichts vom 12. Dezember 1907 (W. B. V. 1908 S. 93) zum Ausdruck gebracht ist, nicht zu den Aufwendungen der Krankenversicherung gehört, so können Aufwendungen für diese Zwecke als Verwaltungskosten nicht angesehen werden. Hierdurch ersucht ich Sie, Erhellung, den Magistrat in Berlin anzuweisen, dem Vorstand der Ortskrankenkasse für den Gewerbetreibenden der Kaufleute, Handelsteile und Apotheker zu Berlin die Verwendung von Kassamitteln für die Zwecke der Wohnungsenquete bei Vermeidung von Ordnungstrafen für die Zukunft zu unterlassen.

Dr. Delbrück.

An den
Herrn Oberpräsidenten in Potsdam.

So haben die sorgfältigen Bescherden des Haus- und Grundbesitzer-Vereins endlich bei der obersten Instanz den Erfolg gefunden, welchen diese privilegierte Klasse in Anspruch zu nehmen für berechtigt erachtet.

Die von der Ortskasse unternommene jährliche Wohnungsenquete, welche, ähnlich wie die in Breslau, in die schmutzigsten und gefährlichsten Mietslöcher der Residenz hineineuchete und das fürchterliche Wohnungsgeschehen enthüllte, hat die Herren Haus- und Grundbesitzer ganz besonders verschonnet. Ihre Bescherben beim Berliner Magistrat, der Ortskrankenkasse dergleichen Kesseltunngen in Zukunft zu unterlassen, hatte keinen Erfolg. Auch vor später von ihnen angerufene Oberpräsidenten wies das Ansehen der Hauspächter mit der Begründung zurück, er habe keine Verantwortung, eine derartig nützliche Arbeit zu verbieten; jetzt endlich ist den Herren Heil widerfahren. Der Handelsminister hat auf ihr unverschämtes Ansehen verfügt, die Kasse habe für diese notwendige Enquete keine Mittel zu bewilligen.

Das Wohnungsgeschehen wird so sicher beseitigt und bessere hygienische Zustände greifen unbedingt Platz, sobald die Deffentlichkeit ausgeschaltet wird und niemand von den grauenhaften Zuständen in den Berliner Wohnungen erzählt.

Die Polizei gegen das Vereinstgesetz.

Aus dem benachbarten Trautenberg wird uns geschrieben:

Am Sonntagabend, den 26. September d. Js. fand im Hotel zur „Stadt Wroclaw“ eine kombinierte Mitgliederversammlung der dort bestehenden Zweigvereine der Zentralverbände der Maurer und Zimmerer statt. Als Referenten waren der Gauleiter Schwoab-Katowitz für die Zimmerer, und Köstler-Breslau für die Maurer erschienen. Die Tagesordnung lautete: Die erledigte Lohnbewegung für das Jahr 1908 und die bestehende wirtschaftliche Krise, worüber sich beide Referenten. Nach Schluss der Versammlung wurde uns von den Vereinsleitern gesagt, daß eben ein Polizeibeamter dagesessen sei, der unter dem Pseudonym „Geht“ habe, daß über Lohnbewegung und Streit gesprochen worden ist, eine solche Versammlung sei „anmeldepflichtig“ und müsse der Wirt uns gegenüber auf der Anmeldung bestehen. Wir sind nun darüber ganz anderer Meinung, und das neue Vereinstgesetz läßt auch darüber nicht den geringsten Zweifel, indem es besagt, daß Vereinsversammlungen (außer in Breslau, wo Polizei und Gericht sich ein eigenes Gesetz geschaffen) überhaupt nicht mehr anmeldepflichtig sind, (ganz gleich was für ein Thema behandelt wird). Zu bemerken ist, daß in der betreffenden Versammlung nur Mitglieder anwesend waren und zugelassen wurden. Da nun die Neuerung des Polizeibeamten auf eine ungehörige Beeinflussung des Wirtes hinausläuft, uns eventuell das Lokal zu verweigern, so machen wir an dieser Stelle wiederholt auf die Neuerung des Staatssekretärs des Innern in öffentlicher Mitteilung aufmerksam, wonach ein solches Eingreifen der örtlichen Polizeibehörde als Amtsmißbrauch anzusehen und zu erfolgen ist, im übrigen möchten wir die Behörden bitten, ihre Verfügungen mit den klaren Bestimmungen des neuen Vereinstgesetzes besser vertraut zu machen. Sollten wir diesbezüglich unserer Versammlungslokale verlieren, da der Wirt indirekte Repräsentant der Polizei befürchtet, so werden wir wissen, was wir zu tun haben.

Vom Knechtfinn auf dem Lande.

(Ein nicht alltägliches Dorf-Feld)

Der Bäckermeister Paul Gruhn und der Schmiedemeister Josef Hoffmann, zählen zu den Donatoren des Dorfes Schönbau im Breslauer Kreis. Bis zum Januar dieses Jahres bestand zwischen Vater Gruhn und Schmied Hoffmann die innigste Freundschaft, die dann aber plötzlich in die Feindschaft und einem tiefen gegenseitigen Haß überging. Und das kam so: Das Dörfchen des Ortes ging aus dem bisherigen Besitz in die Hände des jungverheirateten Ehepaars von Gruhn über und seitdem wurden die Vorkehrungen getroffen um die neue „Herrschaft“ auch würdig zu empfangen. Der Schmiedemeister hat eine erwachsene Tochter und diese wurde vom Gemeindevorstand dazu ausgerufen, beim Einzug eine Ehrenmutter zu fungieren und ein Gedicht zu sagen. Der Vater der Tochter verachtete ein solches „Medien“, (oder schrieb es irgendwo ab) und Vater Gruhn des Anna lobte und lobte mit allem Eifer, um vor der allernachbarlichen Herrschaft auch wirklich zu bestehen.

Gewissermaßen war aber mit einer solchen Regelung der Dinge, wie sie der Gemeindevorstand getroffen, nicht einverstanden. Auch er hatte eine erwachsene Tochter, und war seine Frau etwa weniger hübsch als Schmiedes Anna? Oder waren Schmiedes überhaut etwas Besseres als seine Familie? Also wurde doch ebenfalls die Anna als „Ehrenmutter“ fungieren und das Gedicht aussagen. Aber der Gemeindevorstand hatte sich eben für die Anna entschieden und für sie hatte der Herr Lehrer das Gedicht aufgeschrieben und daran war nun nichts mehr zu ändern. Doch Vater Gruhn mußte sich Rat. Er trat mit Frau Anna nach Breslau zu einem Gelegenheitsdichter. Dieser mußte an vorhandenen Gedicht anfertigen und am Tage des Einweihens erparierte Anna die hohe Herrschaft bereits auf dem Balkon oberwärts und sagte ihr Gedicht her. Schmiedes Anna war so die Gevrolle und nun war die Feindschaft fertig. Der Schmied jaunt auf Rache. Er wollte sich erinnern, daß im vorletzten Jahre während der Ernte ein Wagen des Dominikus anderthalb Schod Weizen verloren hätte. Diesen Weizen sollten Wäders an sich gebracht und zwar sollen sie alle, der Bäckermeister, seine Frau, die Anna und deren ältere Schwester, an der Vergangenen des unrechtmäßigen Gutes beteiligt gewesen sein. So will sie die ganze Familie ins Gefängnis bringen und der Schmied, dem man der Anna angetan, wäre gerächt. Gestand. Der Schmied erstattete dem auch wirklich Anzeige und auf seine Forderung hin wurden die vier genannten Angehörigen der Gruhn'schen Familie vom Breslauer Schöffengericht zu je einem Tage Gefängnis verurteilt! Sie saßen Versammlungen an und in der nunmehr stattgefundenen Verhandlung

vor der Strafkammer verurteilte selbst der Staatsanwalt den Angeklagten des feindlichen Nachbarn keinen bösen Glauben beizumessen. Er beantragte selbst die Freisprechung der vier Angeklagten. Das Gericht entschied sich zunächst für die Forderung weiterer Zeugen, weshalb die Sache vertagt wurde.

Das schließlich noch die Folge der freigesetzten Geschädigten sein kann, weiß kein Mensch, denn mittlerweile ist es zwischen den früheren befreundeten Nachbarn auch zu Grenzstreitigkeiten gekommen und wer das Leben in den Gerichten kennt, weiß auch, daß es nach solchen Dorfprozessen sehr oft Buchhausstrafen wegen geschworener Meinungsregnet. Und so etwas wäre das „Geld“, eine neue Herrschaft zu besitzen, gerade wert!

Lebensgeschichte einer armen Frau.

Im benachbarten Dorfe Goldschmied bei St. Afra lebt eine alte Frau, die auf das Mitleid der Mitmenschen angewiesen ist. Sie hat in früheren Jahren bessere Tage gesehen, ihr Mann betrieb eine Mühle, die die Familie reichlich ernährte, der Mann hat aber Schiffbruch erlitten. Die Mühle ging in andere Hände über, und die Familie geriet in Not und Sorge. Als der Mann starb, mußte die Frau auf Arbeit kommen, um das Leben zu fristen. Sie arbeitete überall, wo was zu tun war. Der Verkauf ihrer Wirtschaft hatte die alte Frau für sehr zu Herzen genommen, ihre Sinne wurden verwirrt und ihr fortwährendes Schwagen und Klagen wurde im Dorfe lästig, obgleich sie ruhig ihre Wege ging und niemanden ein Leid tat. Der Gemeindevorsteher glaubte das Nichts zu tun, denn er die Frau ins Irrenhaus schickte. Das tat er denn auch. Sie wurde in die Provinzial-Irrenanstalt gebracht, wo sie drei Jahre verbleiben mußte. Durch einen Brief, den die Interniererin an eine Verwandte schrieb, kam der Anstaltsdirektor zu der Überzeugung, daß eine Frau, die so fortwährend Klagen über alle Dingen, um die es sich handelte, richtig angeben könnte, nicht verurteilt sein könne, und so wurde sie aus der Anstalt entlassen.

Nun erwartete die Gemeindevorsteherin ein neuer Schmerz. Sie hatte ein Heim nicht mehr, ihr Haß und Güt, ihre schönen Möbel, Betten, Wäsche, kurz alles, was sie zurücklassen mußte, war in der Zwischenzeit verloren gegangen, hilflos und verlassen stand sie da. Einen Entschuldigern muß doch ein geistlicher Pfleger gestellt werden, der dessen Interesse wahrzunehmen hat. Um dieses arme Geschöpf kümmerte sich anscheinend niemand. Das Jammer und Weinen rührte dem armen Geschöpf nichts, die Sachen, deren Wert auf mehr als 500 Mk. geschätzt wird, sind aber verschwunden, wer sie hat, weiß niemand.

Eine merkwürdige Geschichte für wahr! Die Gemeinde gewährte ihr eine monatliche Armenunterstützung von 6 Mark. Die alte Frau erinnerte sich, daß sie eine Reihe von Jahren für andere Leute gearbeitet und deshalb zum Bezug von Invalidenrente berechtigt sei. Sie stellte bei der Landesversicherungsanstalt einen diesbezüglichen Antrag, wurde aber zurückgewiesen, weil die Wartezeit nicht erfüllt sei, sie fragte nun vor dem Schiedsgericht, wofür sie ein Verzeichnis, das ist wohl noch nicht bezweifelt! — von einem Edelmann, dem Freiherrn v. Scherz-Lohz zusetzen wurde. Wir wollen vorweg bemerken, daß die Frau mit ihrem Antrage trotzdem abgewiesen wurde. Ehe sie ins Irrenhaus kam, hatte sie 108 Markten geleistet, die aber nicht in Anrechnung kommen konnten. Zwar stand der Vertreter auf dem Standpunkt, daß der Klägerin die Zeit der Internierung als Krankenwochen angerechnet werden müßten, da sie in Wirklichkeit krank aber nicht irre war. In der Anstalt mußte die arme Frau arbeiten, Wasser schleppen, Wäsche waschen u. Von einer Verzichtserklärung man derartige Arbeiten nicht ausführen zu lassen. Aber selbst, wenn das geschehe, wäre die Wartezeit nicht erfüllt, denn maßgebend sind die beiden letzten Jahre von 1908 bis 1908 und für diese Zeit sind Markten nicht geleistet. Der Herr Baron verlangte, daß die Frau unterrichtet werde, ob sie noch arbeitsfähig sei, damit sie die Möglichkeit habe, vor jetzt ab für 2 Jahre leben zu können, damit ihr die Rente doch noch in Aussicht stehe. Diesen Wunsch wurde er freilich nicht erfüllt, obwohl das Schiedsgericht dazu keine Verpflichtung hat. (Aber einem Baron gegenüber.) Der Vertreter Dr. Stempel begünstigte, daß die Frau noch nicht invalide im Sinne des Gesetzes sei. Die 62 Jahre alte Frau muß weiter arbeiten, um möglicherweise die Rente zu erreichen.

Ob sie es erleben wird nach all den Schicksalsschlägen? Wir freuen uns, daß einmal ein so hoher Herr ins Proletariat hinabgestiegen ist. Wir wissen, dieser Herr hat gar in hohe Kreise Eingang, dort kann er erzählen, welcher Unterschied zwischen der Theorie der letzten „Schlesischen Zeitung“ und der Praxis des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung liegt.

Aus Schlesien und Posen.

Brieg, 29. September. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der Nacht zum Sonntag in einem Abteil 4. Klasse auf der Strecke Brieg-Kandzlin. Einem zweiährigen Kinde, welches auf dem Arm der Mutter in der Nähe des Klosetts auf einer Bank saß, wurde durch die Tür des selben die Hand eingeklemmt. Leider verging noch eine geraume Zeit, ehe die Tür geöffnet werden konnte, weil der im Innern des Klosetts befindliche Passagier infolge des Geräusches nicht gleich verständigt werden konnte. Die Hand des kleinen Kindes war vollständig zerquetscht. Sofort wurde ein Notverband angelegt. Der Unglücksfall gemahnt aufs neue zur Vorsicht.

Brieg, 30. September. Wilde Raubfahrer. Das schnelle Fahren mit den Rädern zeitigt immer neue Unfälle. So fuhr ein Raubfahrer die Fischerstraße, welche am meisten von kleinen Kindern belebt ist, in toller Fahrt entlang und hat dabei einen Knaben an Boden geworfen und ihn am Kopfe nicht unerheblich verletzt. Ohne sich um das Opfer weiter zu kümmern, machte er sich aus dem Staube, doch ist er von einigen Passanten erkannt worden.

Gegenwald, 30. September. Eine feine Flecke. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des früheren Brauereibeherrschers A. C. Botta in Riegenholz hat das dortige Amtsgericht Termin auf den 19. Oktober anberaumt. Die Gläubiger sollen über Einstellung des Konkursverfahrens gebürt werden wegen Mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Kontantmasse.

Goldberg, 30. September. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem steilen Mühlbergwege, auf dem der Frachter Dpist mit seinem Gespann den Ressel einer Dampf-Dreschmaschine herunterbrachte. Der Pflug im oberen Teile des Weges verlegte die Gemme, und die schwere Maschine kam ins Rollen, vorgelegte Holzstücke wurden von den Rädern einfach zermalmt. In der Nähe der Hiermannschen Schmiede am Fuße des Berges stürzten die Pferde, welche die schwere Maschine nicht mehr anhalten konnten, und die Räder gingen dem einen Pferde über das Bein, sodaß das Tier sofort getötet werden mußte, während das andere schwere Beschädigungen davontrug. Gleichzeitig geriet die Maschine in die vor der Schmiede aufgestellten Räder und Gerate, und durch diese, sowie einen steinernen Pfeiler wurde sie aufgehalten, sonst wäre sie direkt in die Schmiede hineingefahren.

Sagan, 30. September. Sie haben sich, nämlich Hirsch-Dunderkerche Gewerkschafts-Gewerkschaften und Gese, zusammengefunden, um den verhassten Gewerkschaftern den Garaus zu machen. Zwischen zwei Mitgliedern des Ortsverbandes-Ausschusses und dem Evangelischen Handwerkerverein, der dem Reichsländerverbande als korporatives Mitglied angehört, sind Verhandlungen gepflogen und ein gemeinsames Vorgehen bei der nächstjährigen Vertreterwahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse vereinbart worden. Welcher Schlaupfuß den Ortsverbandsführern diese unbezweifelbare Idee eingegeben hat, entzieht sich selber unserer Kenntnis und so können wir denselben auch nicht den wohlverdienten Dank abstatten. Die Idee, daß man sich vor den Karren des Reichsverbandes spannt, daß man glaubt, die Kleinmeister, Fachmeister und Rechtskonsulenten seien ein außerordentliches Zugmittel für die Arbeiterschaft, die ihnen zuliebe

mit den Parteibestrebungen den Kaufmann Aden nicht, in demselben verteuert (Klaus, daß man versucht ist, den Ortsverbandsführern Absolution für einen Teil ihrer erschrecklichen Taten zu erteilen. „Sage mir, mit wem Du ungestraft, und ich sage Dir, wer Du bist“, rief diesem Sprichwort wird die bekannte Arbeiterschaft dieses „wertvolle“ Bündnis zwischen Hirsch-Dunderkerche Gewerkschaftsführern und evangelischen Gese Reichsländerverbande als einseitig und bei der nächstjährigen Krankenkassenwahl in bare Münze umsetzen. Schon heute ist von Mitgliedern des Gewerkschafts dieses Bündnis treffend bewertet worden, und so werden die Führer wiederum ihren Gese Bundesgenossen ihr Leid klagen können, weil ein größerer Teil Gewerkschaftsführer von dieser Art von Interessenvertretung nichts wissen will.

Grottkau, 29. September. Feuer in der Erziehung. Am Freitag Nachmittag 5 1/2 Uhr brach in der hiesigen Provinzial-Kindergärtchenschule Feuer aus. Es brannte das Dachgeschoss von zwei höheren Wirtschaftsetagen, auf dem Boden größere Mengen Getreide und Stroh lagerten. Das Feuer muß schon einige Zeit unter dem Dachboden gebrannt haben, ehe es bemerkt wurde. Die Arbeiter, welche durch starken Qualm erschreckt wurden, nahmen alsbald die hiesige Freiwillige und Pflichtfeuerwehr auf, sie wurde unterstützt von Beamtenpersonal und einer großen Anzahl Soldate der Garnison. Es gelang, den Brand auf seinem Herd zu beschranken und die drucklosenden Gebäude zu erhalten. Die Feuerwehren konnten erst nach 10 Uhr Abends abziehen.

Ein zweites Feuer brach Sonntagabend 8 1/2 Uhr in hiesigen Rathauskeller aus. Der Brandherd bestand aus dem Kesselabfall, das von einem Gesehäftsmann gemietet ist. Der Brandschaden ist unerheblich, da nur einige mit Stroh und Holz gefüllte Kisten und Pappkartons verbrannt sind.

Schreiberhan, 30. September. Bau-Unfall. Beim Erweiterungsbau eines Hauses am Siebenbüchel ereignete sich Montag Vormittag ein bedauerlicher Unglücksfall. Beim Hinabsteigen eines großen Steines brach das Gerüst und die Maurer Decke und die Decke wurden mit in die Tiefe gerissen. Während der ersten nur Hautabrisse erlitten, wurde dem Paul Heiler der linke Oberarm durch den nachstehenden Stein in komplizierter Weise gebrochen. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus geschafft.

Sagan, 30. September. Nach ein Unfall auf einem Eisenbahngang. Ein gemeiner Bediensteter wurde auf der Bahnstrecke Waltersdorf-Mensfeldt vermißt. Auf der genannten Strecke waren Montag in der Nähe des Hiesigen Nieder-Popplitz von hiesigen Hand Steine auf die Schienen gelegt worden, um den 10 1/2 Uhr von Waltersdorf in Mensfeldt eintreffenden Zug zum Entgleiten zu bringen. Durch die Beschaffenheit des Lokomotivführers konnte jedoch der Zug noch rechtzeitig zum Stehen gebracht werden. Der Arbeiter wurde sofort in dem in unmittelbarer Nähe hinter einem Kartoffelfeld taumelnden polnischen 15jährigen Burschen Drago, der auf dem Dominium Nieder-Popplitz beschäftigt ist, ermittelt.

Stettin, 30. September. Wer trägt den Schaden? Der Vollzugsbeamte Danielski wurde wegen Unterschlagung eines Teiles der von ihm eingezogenen Steuern (etwa 800 Mk.) verhaftet. Der Magistrat hat nun eine Anzahl Steuerpflichtiger, bei denen Danielski die Steuern einschob, angefordert, diese nochmals zu bezahlen, begehrt aber hierbei allgemeinen Widerstand. Einige von den Betroffenen wollen, wie die „Schles. Zig.“ berichtet, eine richterliche Entscheidung herbeiführen. Demgegenüber weiß der Magistrat darauf hin, daß Zahlungsort für Steuern und dergleichen lediglich die städtischen Kassen und Bestellen im Rathaus sind, die Zahlungspflichtigen haben dort ihre Zahlungen zu leisten haben. Wenn statt dessen den Vollzugsbeamten Beträge zur Ablieferung übergeben werden, so geschieht dies auf Gefahr der Zahlungspflichtigen, die von ihrer Verbindlichkeit nicht befreit werden, wenn die Ablieferung nicht erfolgt. Die Vollzugsbeamten sind in amtlicher Eigenschaft zur Empfangnahme von Geldern nur dann ermächtigt, wenn sie mit der Einmahnung und Veranbarung nicht rechtzeitig gezahlter Steuern behördlich beauftragt sind.

Diese Verhältnisse werden jetzt nach der Verhaftung des Danielski bekannt gegeben, während die Steuerpflichtigen der Stadt immer mehr der Ansicht waren, die Quittungen der Vollzugsbeamten auf den Steuerzetteln hätten rechtliche Gültigkeit.

Stettin, 30. September. In Todesgerade. Auf der Chaussee nach Emauellegen rannte Sonntag Nachmittag ein Radfahrer mit solcher Wucht an einem am Wege stehenden Baum, daß er sich die Gehirnhäute einstülpte und tot am Platze liegen blieb. Der Name des Verunglückten hat noch nicht festgestellt werden können.

— Anschlag auf einen Eisenbahngang. In der Nacht zum Montag wurde auf der Strecke Lantahütte-Chorow vermißt, einen Personenzug zum Entgleiten zu bringen. Es war ein Personenzug auf das Gleis gelegt worden. Der Zugführer merkte jedoch das Hindernis und konnte den Zug rechtzeitig zum Stehen bringen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

— Ein weicher Sperling. Die Annahme eines Ordens abgelehnt hat der Lehrer Langel hierorts. Anlässlich seines 50jährigen Dienstjubiläums war ihm der polenpolnische Kaiserorden mit der Zahl 50 verliehen worden. Als ihm derselbe überreicht wurde, verweigerte er seine Annahme.

Wentzen, 30. September. Brand im Drogengeschäft. Gestern früh entzündete in dem Drogengeschäft von Mittel auf der Kleinmühlstraße ein arbeitsloser Brand infolge Entzündung alkoholischer Dese und Drogen. Nach einstündiger, angelegter Tätigkeit der Feuerwehr wurde der Brand gelöscht und jede weitere Gefahr beseitigt.

Dublink, 30. September. Zwei Frauen vom Zug abersahren. Von dem um 8 Uhr 10 Minuten Vormittags von hier in der Richtung nach Vr-Gerby abgegangenen Personenzug wurden an dem in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes hinter dem Familiengebäude gelegenen Nebenwege zwei ältere Frauen, die im Begriffe waren, auf ein Kartoffelfeld zu gehen, abersahren und auf der Stelle getötet.

Zarowitz, 30. September. Verhängnisvoller Scherz. Der Malergeselle Georg Sogina hierorts kam in der Nacht zum Sonntagabend besetzt nach Hause und trieb in seiner guten Laune allerlei Späße. Er ging dabei auch in die Küche und klopfte seiner Frau zu, sie möge ihm bald folgen. Diese tat dies jedoch nicht und legte sich zu Bett. Als die Frau jedoch gegen 2 Uhr Morgens erwachte und ihren Mann nicht im Bette bemerkte, ging sie nach der Küche, wo sie zu ihrem Entsetzen den Mann tot an der Leinwand hängen fand. Der Unglückliche hatte den Erhängten markieren wollen und war dabei in der Trunkenheit ansgelitten, so daß sich die Schlinge zog und S. auf so tragische Weise seinen Tod fand.

Posen, 30. September. Versuchter Mord und Selbstmord. Der frühere Buchhalter Adam Prengler, 26 Jahre alt, der von seiner erst 21jährigen Frau getrennt lebt, kam Dienstag Vormittag um 10 1/2 Uhr in deren Wohnung Antonenplatz 5, schickte die Wirtin unter irgend einem Vorwande fort und gab dann nach kurzem Wortwechsel drei Revolverkugeln auf seine Frau ab, die sie sämtlich in den Hals trafen. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst und verlegte sich selbst. Beide wurden besinnungslos nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Die Verlegung des Mannes ist eine derartig schwere, daß sein Ableben nicht zu erwarten ist. Die Verletzungen der Frau sind ebenfalls lebensgefährlich. Das 2 1/2 Jahre alte Kind des Ehepaars befindet sich bei der Mutterfamilie, bei welcher die Frau zunächst aufgenommen hatte.

Schneidemühl (Posen), 30. September. Von der Lokomotive getötet. Auf dem hiesigen Personen-Bahnhof geriet de

Deine gepinigte Kreatur magst Du dich an, dich, ihren Schöpfer! Sieh, in mir steht alles Lebende vor Dir, das je Du erschaffen hast! ...

Winter oder Kind?

Die vor zwei Jahren von Grant auf der Naturforscherversammlung in Genua vorgetragene Operationsmethode zum Entfern des Kalkerschnittes in Fällen, wo vollständige Freigebung...

Verwishtes.

Was ein allgärtlicher Friedhof erzählt. Eine ungewöhnlich interessante Beschreibung ist gegenwärtig in dem königlichen Hofstaat für die Genua...

Der Bettler

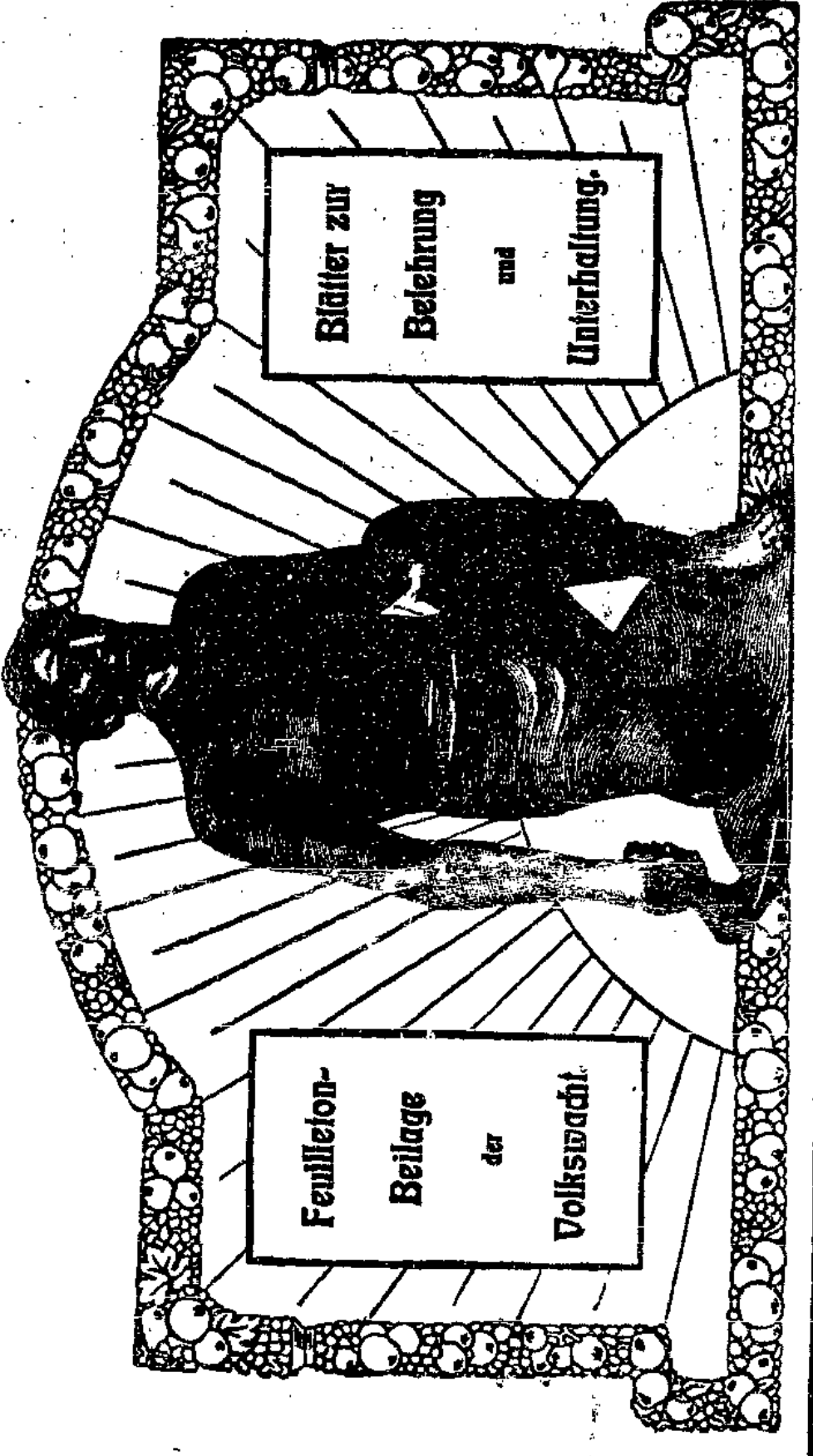
(Le vieux vagabond). Von Pierre Jean de Béranger.

Ich will in dieser Hütte sterben, Du alt und stich genug dazu; Sie mögen mich "beruhen" heißen, Mir recht, sie lassen mich in Ruh'...

Was kümmert mich Geld und Ruhm, Was kümmert mich Ruhm und Ruhm, Was kümmert mich Ruhm und Ruhm...

Humoristisches.

Der Feind des Hundes. Lehrer: "So, das war über das Hundespiel zu sagen; jetzt wollen wir noch seine Feinde betrachten..."



Feuilleton-Beilage der Volkswehr.

Blätter zur Belehrung und Unterhaltung.

Braslat, den 1. Oktober 1908.

Diplomatischer Rat.

Eine politische Fabel von Franz Grillparzer.

Ein Marder frass die Fühlhörner gern, Doch wusst er nicht, wie sie erkalten; Er fragt den Fuchs, 'nen alten Herrn...

Der Marder stürmt in vollem Lauf, Die Fühlhörner aber flattern an; Die eine gackernd, kreischend jense, Gerade in des Fuchses Zähne...

Wenn Du nach Fühlhörnern lästern willst, Frag' keinen, der sie selbst gern frisst.

Hunde von Mergendwo.

Von William Morris.

Zum Fenster! dachte ich, ich kann kaum den Hund aus dem Hofe, ohne eine neue Vermählung heranzubringen...

den können sie durch die Zeit, die größten Jungen können nicht gelernt, von denen ich sprach, und wenn das der Fall ist...

Rechtsverhältnisse: Gedruckt bei der Redaktion des "Volkswehr".

... das das Maß der ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

Die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

Das Christentum und die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

Die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

Die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...